

65. Jahrgang. № 225. Sonnabend, 14. Mai 1921.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Postbankleitjet: Dresden
Beratungsstelle: Sammelpostamt 25 24
Mit der Postdienstmarken: 20011.

Bezugs-Gebühr in Dresden und Vororten bei täglich zweimaliger Zugriffung, durch die Post bei täglich zweimaligem Verlaub monatlich 6,50 Th., vierjährlich 15,50 Th.
Unzeigen-Preise. Die 1spaltige 27 mm breite Zeile 2 M. Auf Sonnenblumenzeichen. Mindestpreis unter Stellen- u. Wohnungsmarkt. 1spaltige An- u. Berichte 25%. Bezugsgebühre laut Tarif. Ausmäßige Abfälle gegen Sonnenblumenabzahlung. Einzelnummer 30 Th.

Schriftleitung und Hauptverleger:
Marienstraße 38/40.
S. Berlag von Steglitz & Reinhardt in Dresden.
Post-Telegraph. 1058 Dresden.

F. Hermann Beeg
Dresden - A., Falkenstraße 26 **Feuer** Fernsprecher 19381 und 20461
Verzinkerel - Verzinnerel - Verbleelerel

Glaswaren

jeder Art aus den bedeutendsten Glashütten des In- und
Auslandes empfohlen in reichhaltiger Auswahl

Osram-Haus, Ruhland & Co.
Beleuchtungskörper, Seidenschirme
Klub- und Schreibtischlampen
Osram-Lampen / Kochapparate / Gas-Glühkörper
Liliengasse, Ecke Röhrhofsgasse 15, 5 Minuten vom
Postplatz

Englands Abkehr von Polen.

Blond Georges Damaskus.

London, 18. Mai. Unterhaus. Lloyd George erklärte im Unterhaus, die Alliierten müssten daran bestehen, daß der Friedensvertrag respektiert werde. Er erklärte weiter: Zu behaupten, daß solche Truppen, wie sie Deutschland habe, zur Teilnahme an der Wiederaufstellung der Ordnung nicht zugelassen werden dürften, ist unsair. (Beifall.) Fair play ist es, nosür England einzutreten, und ich hoffe, daß England dafür bis zum Ende einzutreten wird. Ich hoffe auch, daß, obwohl es sich um Deutsche handelt, wir immer mehr zeigen werden, daß wir für fair play eintreten und daß wir unsere Autorität in Europa in immer steigendem Maße dafür einsetzen werden. Daz den Polen gestattet sein soll, in Beziehung des Friedensvertrages Überholstellen zu nehmen und daß es euch nicht gestattet sein soll, euch in einer Provinz zu verteidigen, die euch 200 Jahre gehört hat, nad die 600 Jahre lang ewisch nicht polnisch war, wäre entehrend und unwert der Ehre jeden Landes. Lloyd George ist völlig gewiß, daß die Haltung der Alliierten nicht derartig sein dürfe. Das einzige, was er im Namen der Regierung zu sagen wünsche sei, daß, was auch immer sich ereignen möge, sie ein Fair accomplit nicht anerkennen könne.

Zviend George fuhr fort: Er glaube, es sei richtig, ganz offen zu sprechen, denn wenn solche Dinge sich ereignen und man von ihnen nicht Nutzen nehme und sich mit ihnen nicht befasse mit einem festen gesunden Sinn, der die Haltung Englands bei jedem Vorgehen im anwaltlichen Dingen kennzeichne, so wäre das verhängnisvoll für den europäischen Frieden. Wenn der Friede gestört würde, so vermöge er nicht voranzuschicken, was mit Europa geschehen werde. Er sei in Ruhe, ja, in Sicherheit versetzt, bei dem Gedanken, daß der Welt das Vertrauen nicht wiedergewiesen werde, woraus die schrecklichsten Folgen erwachsen könnten. Sei doch die ganze industrielle Welt so sehr auf Kredit und Vertragen aufgebaut, daß, wenn dies einmal erschüttert würde, es nicht zu sehen vermöchte, wie die Welt wieder aufgebaut werden könnte. Es sei daher im Interesse der Nationen von größter Wichtigkeit, ohne Rücksicht auf Abneigung und Vorliebe, gleichgültig, ob man diesen Plan liebt oder einen anderen nicht liebt, anzuerkennen, daß Gerechtigkeit mit Neigung oder Abneigung nichts zu tun habe. England müsse ehrenhaft und fest entscheiden in Übereinstimmung mit dem Vertrage, den es selbst unterzeichnet hat. Der Friedensvertrag sei die Urkunde der Freiheit Polens, die auf ihm beruhe. Das letzte Land in Europa, das ein Recht habe, sich über den Friedensvertrag zu beschweren, sei Polen, denn Polen habe den Vertrag von Versailles nicht gewinnen lassen. Durch ein graulames Geschick sei Polen während des Krieges gelauft gewesen, eine Hölle seiner Söhne sei aus Seiten der Alliierten gewesen, die andere habe gegen sie gestanden.

Bezüglich der Haltung, die die polnische Regierung gegenüber den Vorgängen in Ober Ostpreußen eingenommen habe, führte Mond George weiter aus: Die polnische Regierung habe die Verantwortung abgelehnt und er sei geneigt gewesen, diese Erklärung als Ausdruck ihrer wahren Meinung anzusehen, aber eine solche Erklärung sei einmal schon ergangen. Mond George erinnerte an die Vereinigung der Litauischen Frage, bei der die Vereinigten Staaten, Frankreich, Italien und England beteiligt waren. Wilna sei von polnischen regulären Truppen besetzt worden, was eine Herausforderung der Alliierten gewesen sei. Polen sei erücht worden, die Truppen zurückzuziehen, habe jedoch die Verantwortung für die Besetzung abgelehnt. Daselbe habe sich jetzt ereignet. Dieselbe Ablehnung der Verantwortung. Die Tatsache, daß Waffen von Polen her eingeführt wurden, daß Offiziere die Grenze überschritten, mache es sehr schwer, sich dem Gefühl zu verschließen, daß die Ablehnung der Verantwortung nicht anders als bloß im Wortlaut zu deuten sei. Als d'Annunzio in Herausforderung der italienischen Regierung

gierung Niume wegnahm, fühlte die italienische Nation, daß ihre Ehre im Spiel war, und d'Annunzio und seine Leute waren aus Niume hinaus. Die Italiener griffen sofort bewaffnet ein, denn sie fühlten, daß die Ehre einer großen Nation in die Angelegenheit verwickelt war. Er halte Polen dieses schöne Beispiel vor.

Kloyd George führte weiter aus: Das einzige, was er vorauszusagen wage, sei, daß im Hinblick auf den Versailler Vertrag Gewalt viel, viel weniger und die Ehre und der Kredit Deutschlands und die Unterzeichnung seiner Verpflichtungen weit, weit mehr ins Gewicht fallen werden. Es sei ein Fehler in der Rechnung, wenn Deutschland sagen dürfe: Ihr verlangt unsere Ehre und unsere Verpflichtung, was habt ihr mit euren gemacht? Als es gegen uns ging um Wiederaufbau und Abrisstung, da habt ihr auf der Blockade drohung bestanden und habt andere Maßnahmen ergriffen, denn ihr wolltet uns zwingen, den Vertrag von Versailles durchzuhalten. Was steht ihr jetzt, als

Polen auch in Oberschlesien herausforderte? Wart ihr damals ebenso harinägig? Und George erklärte feierlich: Für England und die Alliierten handle es sich nicht bloß um eine Angelegenheit ihrer Ehre, obwohl das sicherlich nicht unterschätzt werden dürfe, es sei eine Angelegenheit ihrer Sicherheit und ihrer Ruhe, zu zeigen, daß sie sich am Vertrag festhalten, möge er für oder gegen sie sprechen. Mehr als er sagen könnte mißbillige er die Tändelei mit dem Vertrag, indem man sage: Schließlich seien es ja nur Deutsche. (wtb.)

London, 18. Mai. Im Unterhaus fragte Sir Samuel Hoare, über die in Überbleßien durch die Aufständischen gewaffnete Vage sprechend, an, ob die alliierten Delegierten an Ort und Stelle die getroffenen Vorbereitungen bewertet und ob sie ihren Regierungen darüber Bericht erstattet hätten. Wenn dies der Fall gewesen sei, weshalb dann nicht Vorsichtsmaßnahmen getroffen worden seien, um die Durchführung des Staatsstreiches zu verhindern. Sir Samuel Hoare forderte, daß ein Druck auf die polnische Regierung ausgeübt werde, um die polnischen Freibeuter zu zwingen, Überbleßien zu räumen. Stennworth erklärte, daß es besser sei, ganz Überbleßien würde an Deutschland gegeben. (25. T. 25.)

London, 13. Mai. „Paul Mass und Gloe“ schreibt unter der Überschrift „Die Freibeuter und ihre Freunde“, die französische Presse sei schlecht beraten, wenn sie, wie dies der Fall sei, die Erfahrungen der französischen Vertreter gegenüber den polnischen Freibeutern bemängle. Die Aufrichtigkeit Frankreichs sei ernstlich durch die Ereignisse in Oberitalien angefochten worden und mit ihr auch die Glaubwürdigkeit der Alliierten im ganzen. Wenn gewisse französische Besitzhaber für ihr Benehmen nicht zur Rechenschaft gezogen würden, dann sei die moralische Prestige der Entente in Mitteleuropa für dauernd geschwächt. (W. T. B.)

Zerfall der interalliierten Kommission?
Breslau, 13. Mai. Der vollkommene innere Zerfall der interalliierten Kommission wird immer deutlicher. Das Vertrauen mit den englischen und italienischen Mitgliedern ist vollständig. Neuerdings haben abermals zwei Majora der Abstimmungspolizei um Enthebung von ihrem Posten gebeten, weil die ihnen erteilten Besetze der Kommission unzweckmäßig waren. Weitere englische und italienische Offiziere haben sich den deutschen Selbstschutzorganisationen in den Kreisen Strenzburg und Matibor zur Verfügung gestellt und kämpfen dort unter deutschem Kommando.

Amerika hat kein „Interesse“ an Oberschlesien.

Basel, 18. Mai. Das "Echo de Paris" meldet: Der Vertreter Amerikas in der Wiederaufbauskommission, Herr Bonen, erklärte im Namen der amerikanischen Regierung deren Interesse in der oberpfälzischen Frage. Die Regierung Harding sei mit der Entscheidung, die bei

Und trotzdem streitet Lerond ab!

Paris, 18. Mai. Der im Rotchinesischen Hauptquartier weilende Vertreter der "Chicago Tribune" teilt mit, daß tatsächlich ein Waffenstillstand zwischen Lerond und Rorszanty abgeschlossen und auch eine Demarcationslinie festgesetzt worden sei. Die Polen müßten aufgegeben dieses Abkommens Kreuzburg, Rosenbergs und Kandrzian räumen. Die Eisenbahlinien, die Nahrungsmittelversorgung, die Telegraphen- und Zivilverwaltung würden gemeinsam von Vertretern der Internationalen Kommission und der polnischen Aufständischen kontrolliert. Rorszanty erklärte dem Korrespondenten, er habe die Möglichkeit eines Krieges mit den Deutschen erwogen bevor er die Leitung der aufständischen Bewegung in die

Oppeln, 13. Mai. Die gestrige Auseinander-
sichtung des Grafen Praschma mit Léonid
wegen der Nichterfüllung der Zusage des Generals hatte
einen sehr stürzischen Verlauf. Es kam zu einem erregten
Austritt, in dessen Verlauf Graf Praschma erklärte, er
müsste, wenn er keine bindende Zusage erhalten, die
Konsequenzen daraus ziehen und der deutsche Bevollmächtigte
würde Oppeln verlassen.

Die polnische Antwort an Deutschland.

Warschau, 13. Mai. Der Unterstaatssekretär für auswärtige Angelegenheiten übergab dem deutschen Geschäftsträger die Antwort der polnischen Regierung auf die deutsche Note vom 5. Mai in der Angelegenheit Oberschlesiens. Es heißt in der Note, Polen kann keine amtliche Aufklärung über die Vorgänge in Oberschlesien geben (!), denn der Schutze sei Frankreich (?) anvertraut und das Abstimmungsgebiet sei nach den Bestimmungen des Versailler Vertrages der Interalliierten Abstimmungskommission unterstellt. Polen habe den Mächten versprochen, bei der Unterdrückung des Aufstandes mitzuwirken und habe zu diesem Zwecke die Grenzgefechte. (!)

Das Londoner Protokoll.

Aus einem Artikel der amerikanischen Wochenschrift „The new republic“ geht hervor, daß man sich in gewissen englischen und amerikanischen Kreisen über den verzweifelten Widerstand eines Teils des deutschen Volkes gegen das Ententenultimatum wunderte. „Warum nicht die Zahlung versprechen, wo doch die Ereignisse früher oder später die Unmöglichkeit der Erfüllung der Forderungen von selbst erwiesen werden?“ Daß es Millionen von Menschen im deutschen Volke gibt, die dieses Babanquespiel weit von sich ablehnen, ist ein erfreuliches Zeichen für den gesunden Kern unserer Volksseele. Daß aber anderseits eine möglicherweise noch größere Zahl von jenen amerikanisch-englischen Gedanken, der leichter und der groben Plasse zugänglicher ist, erfüllt war, als sie sich unter den Drohungen der Gewalt mit der Annahme des Ultimatums einverstanden erklärte, beweist nur, wie wenig man sich in diesen Kreisen der Tragweite der Forderungen des Ultimatums bewußt war und ist.

wie wenig man die Tatsächlichkeiten des Londoner Protolls vom 5. Mai überhaupt kennt. Wenn uns auch heute nach der Unterzeichnung des Dokuments unserer Besiegung der Hinweis auf die Rechtsverdrehungen, auf die Widersprüche mit den Grundlagen des Versailler Vertrags, einen augenblicklichen Nutzen nicht bringen kann, so würden wir uns doch einer unverzeihlichen Unterlassungssünde schuldig machen, wollten wir deswegen auf die Hervorfehrung unseres Rechtsstandpunktes verzichten. „Es ist phantastisch, etwas, das einer Vernichtung oder stillen Erhebung gleichkommt, in Europa zu erwarten, so lange man den Nationen das Ausfüllen stellt, Verträge zu unterzeichnen, deren Gültigung sie für unmaßlich halten, und ihnen im Begehrungsalle nur die Alternative läßt, daß sie dafür durch militärische Kosten büßen müssen.“ Diese These der zitierten amerikanischen Zeitschrift müssen wir dahin verstärken, daß es nicht „phantastisch“, sondern beweist ist, trotz klarer, unwiderleglicher Tatsachen eine mit diesen in Widerspruch stehende Unmöglichkeit zu verlangen.

Ueber Volksvermögen und weitere Leistungsfähigkeit mit eindeutiger Richtigkeit zahlenmäßig genau festzulegen, ist zwar ausgeklöppelt, erwehren läßt sich aber das Volkeinkommen, das nach statistischen Feststellungen sich auf 140 Milliarden Papiermark beläuft. Ein Spiegelbild der gesamten Leistungsfähigkeit des Volkes darf in den deutschen Fazitverständigungsprotokollen auf der Louhoner Konferenz erscheinen. Diese geben eine Summe von reichlich einer Milliarde Goldmark im Jahre als die höchstmögliche Leistung für Webergutmachung an. Das zweite Simonsche Angebot, ebenso wie das durch die Vermittlung Amerikas an die Alliierten gerichtete, entbehrt bereits jeder sicheren und faktenhaften Unterlage. Dieser deutschen Leistungsfähigkeit

und finanzielle Unterlage. Dieser verdeckte Vertrag stellt das Londoner Protokoll die Gewissensforderungen von 182 Milliarden Goldmark im Gegenwartswert gegenüber. Das Normalende dieser Forderung ist weniger ihre Höhe, wenn sie auf den Gegenwartswert der Leinenzeit in Paris festgelegten Gesamtsumme der deutschen Schuld nur zwei Drittel übertrifft, als vielmehr die Art und Weise der verlangten Abtragung. Es werden bekanntlich für sie drei Serien deutscher Schuldverschreibungen emittiert, deren erste bereits in den nächsten Tagen als "Deutsche Reichsschuld" vom Wiederbeschaffungsausschuss auf den Markt geworfen werden soll. Nebenbei sei bemerkt, dass diese sofortige Einreihung der ersten deu-

ischen Zahlungsbonds, im Widerspruch zu dem im Londoner Protokoll genannten Termint, dem 1. Juli, steht. Aber solche kleine Rechtsbrüche dürfen uns angesichts des ganzen Riesenbeitrags nur herzlich wenig lämmern. Die Schuldverschreibungen der ersten beiden Serien in Höhe von 12 und 28 Milliarden Goldmark sind vom 1. Mai d. Js. mit 5 Prozent zu verzinsen und mit 1 v. H. zu amortisieren. Für die dritte Serie, also das Umlaufsand der Hauptmasse der Milliarden, soll zunächst kein Zinndienst eingerichtet werden; es sollen Schuldverschreibungen dieser Serie, die am 1. November d. Js. von Denizwands übergeben werden müssen, erst dann in den Handel gebracht werden, wenn die Zahlungen Deutschlands nicht nur die Verzinsung und Amortisierung der ersten beiden Serien gewährleisten, sondern wenn sie darüber hinaus Beträge erbringen, die die Verzinsung und Amortisierung von Schuldverschreibungen aus der dritten Serie wirklich auffassen. Allein im Dienst-

aus der dritten Serie wirklich schaffen. Nur im Falle der ersten beiden Serien von Schuldverschreibungen ist aber nach dem Londoner Protokoll eine Jahreszahlung von drei Milliarden erforderlich, die sich aus zwei Milliarden fester Annuität und 25 bzw. 20 Prozent Auszuhaltung zusammensetzt, zahlbar in vierjährigen Raten. Abgesehen davon, daß diese jährliche Gesamtsumme die einst von deutschen Fachverständigen bezeichneten Möglichkeiten ganz und gar unberücksichtigt läßt, würden wir bei etwaigen Rückständen durch automatisch sich erhöhend Zins- und Zinsszinseinzahlungen für das nächste Quartal niemals zu einer tatsächlichen Abrechnung auch nur der ersten beiden Reihen von Schuldverschreibungen gelangen können. An eine Amortisierung der Kreditsumme von 8 Milliarden, die für jeden Fall noch im Hintergrund läuft,

wäre ganz und gar nicht zu denken. In dieser dritten, angeblich unveränderten Milliardenforderung liegt denn auch die hauptsächliche, die nie an befürchtende Gefahr für unsere gesamte wirtschaftliche und finanzielle Existenz. Ausgenommen, wir sämen wider Erwarten in die Woge, den Zins- und Amortisierungsdienst für die ersten beiden Seiten von Schuldverschreibungen ließen zu bonnen oder gar über die dazu erforderlichen Summen hinaus aus Wirtschaftserträgen oder sonstwoher größere Beiträge für die Tilgung der Reparationshöhe flüssig zu machen, so könnten diese von der neuen Kontrollkommission, die das Vondoner Protokoll mit erweiterten Rechten an die Stelle der Reparationskommission stellt, in keiner ganz beliebigen Summe verweigert werden. Denn laut Protokoll steht es ihr frei, für einen solchen Fall neue Schuldverschreibungen auf die dritte Serie zu emittieren, deren Verzinsung und Amortisierung jeden überschüssigen Pfennig beanspruchen dürfen und damit jeden wirtschaftlichen Wiederaufbau unmöglich machen, ganz wie es in ihrem Sinne liegt. Worauf diese Wirkung hinzufließt, wird in den vom Auswärtigen Amt über die deutsche Schadenshaftverpflichtung ausgearbeiteten Bemerkungen treffend bezeichnet. Es ist nichts anderes, als die Abrechnung der Entscheidung an die Kommission darüber, ob Deutschland „eine einzige Menge“ zahlen soll oder nicht. Das heißt aber mit anderen Worten, daß wir durch jenes Meitewicht der 22 Milliarden, deren Umwandlung in verschiedene Schuldverschreibungen zu deren Verzinsung überhaupt der Kommission völlig obliegen werden, jenes Blei geworfen, das die Kommission jederzeit in die Woge werfen darf, in eine unendliche und untragliche Finanznotwendigkeit.

Zehntimer erhalten sich die Auswirkungen des Zwanges für uns, wenn wir, was wahrscheinlich ist, früher oder später einmal mit unseren Abteilungen im Rückland bleiben, sei es nun, daß wir die 2 Milliarden Künste nicht aufzubringen vermögen, oder aber daß die in jedem Falle selbsttätig auf 26 Prozent sich erhöhende Ausfuhrhöhe nicht hinreicht, die falligen Zins- und Amortisierungssummen der ersten beiden Serien zu decken, dann hat das Komitee das Vorrecht, irgend welche Reichseinnahmen, Steuern oder sonstige Einkünfte bis zur Höhe der fühlenden Beiträge zu beschlagnahmen. Und nun denne man sich einmal den plötzlichen Fall bei weitem eines Viertels der jährlichen direkten Steuerentnahme des Reiches, das mit 10 Milliarden Papiermark veranschlagt werden soll und das gerade dazu ausreicht, die Pausa der Serie A zu verzögern. Wir würden von heute auf morgen unrettbar dem Staatsbanker vorfallen sein.

Ein solcher Eingriff in die heiligen Rechte des deutschen Staatshaushaltes ist mit keinem Paragraphen des Versailler Vertrags, auf dem sich das Protokoll nach Angabe seiner Schöpfer aufbaut, in vereinbar. Vielmehr gestattet dieser eine Sicherstellung der von Deutschland gesuchten Summen lediglich durch Schuldverschreibungen, wie wie sie bereits im Artikel 120 der Konvention ausgeschrieben haben. Der Artikel a des § 12 der Anlage II zu Artikel 24 stellt ausdrücklich fest, daß jeder Teil des Haushaltsbetrages der seitlichen Forderungen, der nicht in Gold, Waren usf. befreit wird, von Deutschland durch die Übergabe eines entsprechenden Betrags an Schuldverschreibungen oder Obligationen gescielt wird. Alle darüber hinausgehenden Sicherungen, die im Protokoll gefordert werden, sind als willkürliche Vertragseinschlüsse anzusehen. Erweiterungen oder Abänderungen des Vertrags, wie die Entente die neuen Sicherheiten des Protokolls zu nennen beliebt, bedürfen der Zustimmung aller Staaatarmäkte, also auch Deutschlands, und können niemals auf dem Wege eines einseitigen ultimativen Ultimatums Rechts Gültigkeit erlangen werden. Ebenso unbegründbar und rechtswidrig ist die Bestimmung der Ziffer VIII des Protokolls. Dort heißt es im Wortlaut: „Deutschland soll auf Verlangen vorbehaltlich der vorherigen Zustimmung der Kommission solches Material und solche Arbeit beschaffen, wie sie jede der älteren Mächte zwecks Wiederherstellung der zerstörten Gebiete, für den Fortgang der Wiederherstellung oder die Entwicklung ihres industriellen oder wirtschaftlichen Lebens bedarf.“ Ein Missel über die Bedeutung oder den Sinn dieses Vertrags kann schwerlich auskommen.

Wenn Herr von Hindenburg also auf den Gedanken versucht, an irgendeiner Stelle des zerstörten Gebiets dort nie vorhandene Einrichtungen oder Bauten zu treffen und zu errichten, so fällt das unter das Kapitel: „Entwicklung des industriellen oder wirtschaftlichen Lebensbedarfs“. Dabei und die von Deutschland aufzuhaltenden Nachleistungen im Versailler Vertrag genau umgekehrt; der wesentliche Teil der dort aufzuhaltenden Nachleistungen wurde längst getätigt. Stattdoch daß wir dafür eine Erleichterung erfahren, ist von jetzt an der mobilen Raum unter Feindlinie Schranken mehr gelegt; sie können die neuzeitliche Entwicklung ebenso für sich in Anspruch nehmen, wie eine beliebte Masse von Kartoffelfabriken und Rohstoffen. Allein an der Hand der hier genannten charakteristischen Punkte des Protokolls ist ersichtlich, daß wir es in diesem Schand und nicht mit einem praktischen und halbwägs billigen Programm zur Durchführung des Versailler Friedens zu tun haben, sondern mit einer totalitären Ausstellung, auf welche Weise der deutsche Wirtschaft am schnellsten und am nachhaltigsten der Woraus bereitstehen kann. Männer, die sich für die Annahme solcher Forderungen einsetzen, können unmöglich erwarten, daß ihre Regierungstätigkeit vom Vertrauen des Volkes begleitet wird.

Das Saargebiet — ein Mandat des Völkerbundes.

Bern, 13. Mai. Die deutsche Regierung hatte bekanntlich in Sachen des Saargebietes beim Völkerbundsrat über die Einführung der Frankenwährung, über die Ausweisung der Unfassbaren und namentlich gegen die Besetzung des Saargebietes durch französische Truppen Beschwerde geführt. Ein Seitartikel des „Verner Bund“ weist heute darauf hin, daß diese Streitfrage auch die Schweiz rechtlich interessiere, weil es sich bei der Verwaltung des Saargebietes um ein Mandat des Völkerbundes handele, für den auch die Schweiz mit verantwortlich sei. Der Aufsatz weist nach, daß das von der deutschen Regierung beantragte Vorgetragen der Regierungskommission des Saargebietes mit dem Wortlaut des Beitrages von Versailles nicht vereinbar sei, und verlangt, daß die Neutralität zwischen den beiden Ländern, welche die Unabhängigkeit auf das Saargebiet hätten, gewahrt werde, wenn nicht die ganze Mission des Völkerbundes zum Kommando werden sollte, wie das schon bei Copen und Malmedy der Fall war. Die Aufgabe des Völkerbundes sei doch nicht eine unparteiische Regierung im Saargebiete einzuführen, um den Franzosen zu gestatten, während fünfzehn Jahren französische Besetzung zu zulassen. Sicher sei, daß durch die Ausweisung ansäßiger Saarburger und Zusetzung französischer Truppen zur Aufrechterhaltung der Ordnung das Saargebiet zu einem von Frankreich besetzten Lande gemacht, seine eingefesselte Bevölkerung dem einzigartigen Druckfrust Frankreichs preisgegeben und die entstehende Abschaffung im voraus zu seinen Gunsten entschieden werde. Damit werde der Grundgedanke, meswegen eine internationale Verwaltung unter der Aufsicht des Völkerbundes eingeführt wurde, aufgelöst und das ganze Mandat zur Garce. Der Völkerbundsrat sei berufen worden, über die Beischwerden Deutschlands zu entscheiden, und er sei dazu zuständig, denn der Völkerbund sei der eigentliche Aufhaber der Staatsgewalt im Saargebiet. Ihm sei nach den eigenen Weissungen des Rates die Regierungskommission unantwortlich. Der Völkerbundsrat könne sich also nicht für unzuständig erklären und werde, was zu verlangen die Schweiz das Recht und die Pflicht habe, im Geiste wahrhafter Unabhängigkeit sich der Sache anzueignen und im Geiste einer ehrlichen Politik entscheiden. (W. T. B.)

Der Aufmarsch regulärer polnischer Truppen

Bond, 13. Mai. Wie die „Wilmersdorfer Gazette“ meldet, hat der englische Botschafter in Warschau bestätigt, daß die polnische Regierung reguläre Truppen in beträchtlicher Zahl gegen Oberschlesien habe aufmarschieren lassen. Es könnte deshalb nicht beweisen werden, daß ein innerer Zusammenhang zwischen diesem Aufmarsch und der Tötung der polnischen Insurgenten besteht. (D.A.) Die Woge in der Stadt Rattowitz spielt sich immer mehr zu. Es laufen ständig neue Meldungen über Plündерungen und Raubläufe der polnischen Banden in verschiedenen Stadtteilen ein. Die deutschen Kreise rechnen mit einem in den nächsten Tagen bevorstehenden Angriff. Auch aus Riesiat werden Plünderingen der Auführer gemeldet, die sich nicht mehr in der Hand ihrer Führer befinden. Lebendig ist auch die Woge im Landkreis Gleiwitz. Die Insurgenten requirieren größere Mengen von Schlachtwurst, sowie Brot. Die Lebensmittelnot in den Industriezonen des Landkreises Gleiwitz wächst. In Hindenburg wurde das Flüchtlingslager von den Aufständischen geplündert. 30 Flüchtlinge wurden vertrieben. Im Kreis Groß-Strehlitz wurden die Aufständischen vier Maschiengewehre abgenommen, ein Granatenwerfer wurde zerstört. Gogolin mußte von den Polen geräumt werden. In den übrigen Kreisen ist die Woge unverändert. (W. T. B.)

Eine Aufforderung an die interalliierte Kommission.

Oppeln, 13. Mai. Folgendes Telegramm ist an die interalliierte Kommission in Oppeln gerichtet worden: In der Nacht zum 13. d. M. wurden in der Stadt Rattowitz von den bewaffneten Insurgents Plünderingen vorgenommen. So wurden geplündert das Reisauer Bismarckfeste, wodurch die Eleganzkeit durch drei Handgranaten zerstört worden war und die Orthodoxe der Heimatkreuz in dem Innern der Stadt gelegenen Hauptstraße 10. Die Plünderer ließen sich dort mehrere Stunden auf. Ferner wurden geplündert zwei Lebensmittelgeschäfte in der Heimstraße. Die französischen Truppen und gegen die Plünderringe in feiner Weise aufgetreten. Die Bevölkerung ist vollkommen schwach. Es wird um energetische Anwendung an den Kommandanten von Rattowitz gebeten, daß er mit allen Mitteln gegen dieartige bosherrschische Ausführungen vorgeht. Die deutschen Parteien und Gewerkschaften. (W. T. B.)

Die Oberherrscher an Italien und England.

Berlin, 13. Mai. Eine Abordnung von Reichsoberschletern, unter Führung des Pfarrers Schim, ist heute beim bissigen italienischen und englischen Botschafter vorstellig geworden, um auf die Schlaglöcher der deutschen Bevölkerung gegenüber den Insurgentenbanden und auf die offene Partenahme der Franzosen hinzuweisen und um schnelle Abhilfe, wenn möglich Verstärkung der italienischen und englischen Truppen, zu bitten. Die beiden Botschafter nahmen die Mitteilungen aufmerksam entgegen und gaben der Deputation beruhigende Zusicherungen.

Sforza und die Waffen in Oberschlesien.

Paris, 13. März. Eine offizielle Note der römischen Regierung teilt mit, daß sich Graf Sforza eingehend mit der oberherrschenfrage beschäftige. Da eine Mithilfe der Deutschen von den Alliierten abgelehnt wurde, weil Österreich die deutschen Truppenbestände nicht noch vermehren wollte, sehe man vor der Tatfrage, daß die interalliierte Kommission aller militärischen Hilfsmittel entbehre, um den Aufständischen die Stirn bieten zu können. Infolgedessen bleibe nichts anderes übrig, als mit den Insurgents zu verhandeln, um Blutvergießen zu vermeiden. Man ist aber in italienischen politischen Kreisen der Auffassung, daß die Besprechungen mit den Insurgents zu keinem positiven Ergebnis führen würden.

Frankreich fordert das Industriegebiet für Polen.

Paris, 13. Mai. Der „Petit Parisien“ beschäftigt sich in einem offenbar beeinflußten Artikel mit der oberherrschenfrage und sagt: Die öffentliche Meinung in England sei geneigt, infolge der Annahme des Ultimatums durch Deutschland sich dem deutschen Standpunkt anzupassen, also über Oberschlesien zu verhandeln. In offiziellen englischen Kreisen bestehe eine Tendenz, unter Hinweis auf die Reparationsfrage den Teil Oberschlesiens, der von Polen wegen Polen zu kommen, (1) zu verkleinern. Man wolle nur die rein volkischen Bezirke Pleß und Niederschlesien zusprechen. Nur wenige Personen in Frankreich würden den Engländern auf diesem Wege folgen. Denn selbst, wenn das Industriegebiet Oberschlesiens polnisch würde, so würde es in vollem Einverständnis mit Polen für die Reparation arbeiten. Aber es wäre doch nicht gerecht, Polen zur Zahlung zu erwingen und eines Gebietes zu berauben, das ihm von Rechts wegen kommt. Jede Lösung, die Polen nicht die Gesamtheit oder wenigstens den weit aus größeren Teile des Industriegebietes aufpreche, könne also wahrscheinlich nicht die Zustimmung Frankreichs finden. (W. T. B.)

Die angeblichen Befehle des Reichswehrministeriums.

Berlin, 13. Mai. Das Reichswehrministerium teilt mit: Die angeblichen Befehle des Reichswehrministeriums in der „Roten Fahne“ von heute morgen haben eine rasche und eigenartige Aufklärung erfahren. Wie der Unterstellungsrichter des Reichsgerichts mitteilt, ist der Buchhalter Wozniakowski, ein polnischer Agent, gegen den ein Verfahren wegen Landesverrat schwebt, bereits geständig, diese und andere Befehle selbst hergestellt, photographiert und die Photographien dieser Dälschungen als echte Befehle der polnischen Regierung übermittelt zu haben. Die Photographien befinden sich den Gerichtsaften. (W. T. B.)

Nichtswürdige polnische Verleumdungen.

Oppeln, 13. Mai. Die polnischen Aufrührer bedienen sich nach wie vor der amtlichen polnischen Funkstation, um mit deren Hilfe Verleumdungen gegen die schwerbedrohten Deutschen in Oberschlesien zu verbreiten. So wird in einem Warschauer Funkrundschau gemeldet, daß die verwundeten polnischen Aufrührer von den Deutschen getötet würden. Diese Tatsache ist durch die Kommandos der Aufrührer bestätigt. Die Meldung ist eine nichtswürdige Verleumdung, die auch unter den Aufrührern verbreitet wird, um diese gegen die deutschfeindliche Bevölkerung noch mehr aufzuhetzen. Wie einwandfrei festgestellt ist, besteht zwischen Warszawa und dem polnischen Generalkommando in Posen eine besondere Fernschreibverbindung.

Amerika und die Reparationsfrage.

Washington, 13. Mai. In amtlichen Kreisen wird der Ansicht Ausdruck gegeben, daß die Lage in der Reparationsfrage nun mehr befriedigend und daß ein großer Schritt in der Richtung zu normalen Verhältnissen getan werden sei. (W. T. B.)

London, 13. Mai. Die „Times“ meldet aus Washington, daß die Annahme des Ultimatums durch Deutschland keine Beschleunigung der Annahme der Resolution erzielen würde. Gleichzeitig wird gemeldet, daß im Senat und im Repräsentantenhaus die Meinung vorherrsche, daß Hughes demnächst dem Präsidenten einen großen Plan zur Völung aller internationalen Fragen vorlegen werde. Dieser Plan werde sich im besonderen auf die Schaffung eines internationalen Friedensrichts beziehen.

Sozialisten als Helfer des Hochkapitalismus.

Einen interessanten und von tiefer Einsicht in die von der Sozialdemokratie durch ihre Einheiten in das Hochkapital bestrebt übernommenen Aufgaben zeugenden Artikel veröffentlicht der bekannte Mehrheitssozialist und frühere Reichstagabgeordnete Paul Venck in der „Deutschen Allg. Zeit.“ Der Artikel ist darum so wertvoll, weil er ohne parteiistische und propagandistische Rücksichten die Konsequenzen für seine Partei aus ihrem Ja dahin zieht, das die Sozialisten an einem so kategorischen Ausbau des Kapitalismus unbedingt mitarbeiten müssen. Der Verfasser steht klar fest, daß alle die anstrengten Reden des „Vormarschs“ über „grundlegende“ Politik sich in „blauen Punkten“ auslösen müssen, nachdem das Gefühl der Verantwortung die Oberhand über die gefühlungsstarken Phrasen gewonnen habe. Er zeigt dann, daß der naive Glaube, im politischen Zusammenbruch der Revolution mit Arbeiter- und Soldatenräten das Ende der kapitalistischen Weltwirtschaftsordnung zu leben, zur Enttäuschung und zum schwindenden Rückzug von der Verantwortung geführt, und daß die Zeit nicht, wie man angenommen habe, für, sondern gegen den Sozialismus gearbeitet habe. Da nun die Sozialdemokratie in diesem Augenblick des erschütterten Glaubens an die augenblickliche Durchführbarkeit des Sozialismus sich gewungen sieht, die Verantwortung zu übernehmen, kommt Paul Venck zu folgenden unwiderleglichen Feststellungen:

„Durch ein noch so phantastisches Steuerjahr, durch dessen Ausbau die Sozialdemokratie hoffen dürfte, die Hauptlast von den Schultern der Arbeiterklasse abzuwenden, die Enteinforderungen nicht annähernd erfüllt werden können, darüber ist sie sich selber natürlich völlig klar. Wodurch denn aber sonst? Nun, durch nichts anderes als durch einen so kategorischen Ausbau des — Kapitalismus. In der Tat kann nur die rationale Ausgestaltung dieser Produktionsweise, als deren historische Eigenart Marx die unerhörte Steigerung der gesellschaftlichen Produktionskräfte predigte, die Möglichkeit wenigstens in Aussicht stellen, den übernommenen Verpflichtungen gerecht zu werden. Die Einverleibung der modernen technischen und wissenschaftlichen Errungenschaften in den Produktionsprozeß, die bisher das Zwangsgesetz nur der Konturen waren, wird in Zukunft auch das Zwangsgesetz der Politik bilden, Normenbau und Typenwesen, Psychotechnik und Tagwerkselemente, Dinge, die in letzter Zeit dem deutschen Wirtschaftsleben sich zu hohem Beginnen hatten, werden ihm in Zukunft das Vergehen aufdrängen. Und das alles unbeeinträchtigt von sozialistischen oder sozialisierenden Eingriffen, sondern lediglich getestet unter den einen Gesichtspunkt: Steigerung der Produktion, und zwar nicht, um den gesellschaftlichen Reichtum in Deutschland zu leben, sondern um ihn in den Händen der Landesfeinde zu leben. Wie das deutsche Volk im allgemeinen und die deutsche Arbeiterklasse im besonderen dabei fahren werden, was aus der vielgerühmten deutschen Sozialgelehrte werden wird, das kommt erst in zweiter Linie in Betracht.“

Mit anderen Worten: haben wir in der Vergangenheit Kapitalismus gehabt, so werden wir in Zukunft Hochkapitalismus haben. Und die tiefste gesichtliche Ironie dieser Situation ist: die Sozialdemokratie muß dabei helfen. Ein kapitalistischer Sozialismus, eine Sozialdemokratie, die kapitalistische Wirtschaftspolitik treiben muß: das ist die Konsequenz der Politik des 10. Mai 1921.

Man hat in den Kreisen der Sozialdemokratie oft auf die über alle Erwartung behagliche Prophezeiung hingewiesen, die Friedrich Engels eins von den Schreien und dem Charakter eines künftigen Weltkrieges gegeben, und man hat darin eine Probe für die Richtigkeit seines historischen Bildes gesehen. Freilich hat man dabei geflüsstlich einen Tag übersehen, der sich in jener Prophesie auch findet, und der sich jetzt nicht weniger zu bestätigen scheint, als das übrige. Jener Tag lautet: Wird Deutschland geschlagen, so ist die sozialistische Bewegung in Europa auf zwanzig Jahre kaputt.“

Man muß sich immer vor Augen halten: das sagt ein Sozialist. Ob er aber in seinem Lager mit der hohen Auffassung von der Übernahme der Verantwortung Gefolgschaft findet, bleibt abzuwarten.

Eine Liste der Entwaffnungsforderungen.

Paris, 13. Mai. Der „Excelsior“ bringt eine Liste für die Entwaffnung, die Deutschland vorgenommen hat. Außer den Öffentlichen, den Kriegswerftäten und Kriegs-ausrüstungen, die bereits in dem früheren Notenwechsel erwähnt wurden, werden folgende weitere Forderungen aufgestellt: Beseitigung der Herstellung von giftigen Gasen und Gasmaschen, Panzerwagen, Tanks und Aufhebung der bayrischen Luftpolizei.

Die Kriegsprozesse.

London, 13. Mai. Wie die Blätter melden, beginnt sich der Solicitor-General mit einer Anzahl britischer Zeugen zu den am 30. d. M. beginnenden Verhandlungen nach Leipzig. — Der politische Berichterstatter des „Daily Chronicle“ schreibt: Die Tatsache, daß die Verhandlungen so bald festgestellt wurden, sei aufcheinend ein Anzeichen dafür, daß die deutsche Regierung den Wunsch gegebe, ihre Verpflichtungen ohne Verzug durchzuführen. (W. T. B.)

Eine Sitzung des Pariser Botschafterrates.

Paris, 13. Mai. (Dowas.) Der Botschafterrat tagte heute vormittag unter dem Vorst. von Jules Gamelin in Begleitung des Marschalls Foch. Er nahm Kenntnis von den letzten Meldungen aus Oberschlesien und den durch die deutsche Delegation übermittelten Schriftstücken. Außerdem beschäftigte er sich mit verschiedenen Fragen betreffend die Durchführung des Friedensvertrages. (W. T. B.)

Paris, 13. Mai. An dem heute vormittag abgehaltenen Ministerrat berichtete Vauzquez über die auswärtige Zone: der Polizeipräsident Vauzquez wurde zum bevollmächtigten Minister ernannt und erhielt den Sonderauftrag, Frankreich bei der interalliierten Reparationskommission zu vertreten. (W. T. B.)

Freigabe der Buttervereinsfuhr.

Berlin, 13. Mai. Der „Reichsanziger“ veröffentlicht eine Verordnung über die Aufhebung der Einfuhr von Butter und Käse. Die Verordnung, die mit der Veröffentlichung in Kraft tritt, bestätigt, daß ausländische Butter der Verkehrs- und Verbrauchsregelung der Kommunalverbände und Gemeinden nicht unterliegt. — Wie von amtlicher Stelle mitgeteilt wird, will das Reichsnährministerium durch diesen Erlass dafür sorgen, daß nach Freigabe der Butterwirtschaft möglichst viel Butter vorhanden ist, ohne daß durch die Butterbereitung das vorhandene Milchquantum zu sehr in Anspruch genommen wird. Dann soll auch durch die Einfuhr der Inlandspreis gedrückt werden. In Dänemark und Holland sei zurzeit außerordentlich viel Butter vorhanden. Da man mit einem Steigen der Markt rechnet, dürfte die einführende Butter verhältnismäßig nicht zu teuer sein und den Inlandspreis drücken.

Berlin, 13. Mai. Innerhalb der landwirtschaftlichen Organisationen ist man fest mit den Vorbereitungen zu einer dieser in Deutschland noch nicht durchgeföhrten Einführung beschäftigt, die jedoch in den Kreisen des legitimen Handels und der Verbraucher auf sehr lebhaften Widerstand stoßen dürfte. Es handelt sich um die Einführung von Butter-Auktionsen, die jetzt nach der Aufhebung der Milch- und Butter-Produkte in Kraft treten sollen. Außer in Berlin sollen auch in anderen großen Städten solche Auktionen eingerichtet werden, die von den Handwerken und Molkereien besichtigt werden. Auf Grund der Auktions-Resultate soll dann die Preisbildung für Butter erfolgen.

Bayerische Volkspartei und Regierung.

München, 13. Mai. Gestern fand die Versammlung des Vorstandes der bayerischen Volkspartei, der Dr. Heim und Ministerpräsident Dr. v. Rath beobachtet. Das Ergebnis der Besprechungen war ein vollkommenes Einverständnis zwischen Dr. Heim, der bayerischen Volkspartei und dem Ministerpräsidenten. Dem Erklärungsbeschluß hat die bayerische Volkspartei ihr volles Vertrauen ausgesprochen. Die Versammlung würdigte auch die Beweggründe, die in der Frage der Selbstschußorganisationen zu den im Reichstag abgehandelten Erfahrungen geführt haben. In diesem Teil der Verhandlungen war der Landeshauptmann der Einwohnerwehr, Forstrat Scheitrich, als Sachverständiger eingezogen worden.

Keine bayrisch-französischen Verhandlungen.

München, 13. Mai. Die bayerische "Staatszeitung" erklärte, daß von einem Auftrag an Dr. Heim, mit Frankreich zu verhandeln, um die Einwohnerwehr französischer Kontrolle zu unterstellen, nichts bekannt ist, daß aber die bayerische Staatsregierung immer bereit gewesen sei, der Entente jeden Aufschluß über die bayerischen Einwohnerwehren zu geben, falls dies den Vollzug des Friedensvertrages erleichtern sollte. Weder die bayerische Einwohnerwehr, noch die bayerische Staatsregierung hätten in diesen Dingen irgend etwas zu verheimlichen.

Baden und Hessen zum Ultimatum.

Karlsruhe, 13. Mai. Der badiische Landtag nahm gestern eine Stellung zu der Annahme des Ultimatums durch den Reichstag. An die Regierungserklärung knüpfte sich eine längere Aussprache, in der die drei großen Parteien, die von den 107 Mandaten 100 innehaben, der Reichsregierung bei der Erfüllung ihrer höheren Aufgabe ihre Unterstützung zugesagt. Auch die Fraktion der Nationalen Volkspartei ließ durch ihren Abg. Meyer erkennen, daß sie in gewissem Sinne jenen zustimmen könne, die da sagten, es gebe nun einmal für die Männer an der Spitze des Reiches keinen anderen Weg, als die Bedingungen zu unterschreiben.

Darmstadt, 13. Mai. Der hessische Landtag hat heute einstimmig eine Entschließung angenommen, in der er der Reichsregierung die Zustützung giebt, daß auch von hessischer Seite alles getan werden soll, um die mit dem Ultimatum übernommenen Pflichten bis zur äußersten Grenze unserer Leistungsfähigkeit einzuhalten.

Ein Vorsloß gegen den bayrischen Kultusminister.

München, 13. Mai. In der heutigen Sitzung des Landtages wurde das von den beiden sozialistischen Parteien gegen den Kultusminister Matt eingebrachte Wiederantrittsvotum wegen angeblicher Angriffe des Ministers gegen einen Teil der Lehrerchaft mit 89 gegen 38 Stimmen abgelehnt. (B. T. B.)

Vom englischen Bergarbeiterstreik.

London, 13. Mai. Der Eisenbahnarbeiterverband hat beschlossen, den Transport importierter oder von Streikbrechern verladener Kohle zu verweigern. (B. T. B.)

London, 13. Mai. Wie die Blätter melden, haben die Bezirksräte von Glasgow und West-Holland des Nationalverbands der Eisenbahner beschlossen, heute abend in den Ausland zu treten, um die Wiedereinführung von Eisenbahnhäfen zu erwirken, die infolge ihrer Bekämpfung Kohlen zu befürden, entlassen worden waren. Dieser Beschluß ist ohne die Genehmigung des Vollzugsausschusses der Eisenbahner gesetzt worden, der heute mit dem Vollzugsausschuß des Transportarbeiterverbandes zusammentritt, um gemeinsam über die in der Rohstofffrage zu besagende Politik zu beraten. (B. T. B.)

Die Dardanellen neutrales Gebiet.

Konstantinopel, 12. Mai. (Haras). In der Sitzung der alliierten Kommissare, Admirale und Generale wurde der Beschluss gefaßt, die Neutralität Konstantinopels, des Bosporus und der Dardanellen während der Dauer des griechisch-türkischen Krieges zu verkünden. Infolgedessen können die Griechen Konstantinopel nicht als Operationsbasis benützen. Sie werden aufgefordert, ihre Kräfte auf das Mündungsmaß, das ihnen festgelegt wird, herabzuziehen und ihre Kriegsschiffe aus den Hoheitsgewässern der Dardanellen zu ziehen. Es ergibt sich daraus, daß die Griechen ihre Flotte von Konstantinopel und Brüssel nur über Rodosto versorgen können. (B. T. B.)

Tschechisch-rumänischer Vertrag.

Paris, 13. Mai. Die "Petit Parisien" mitteilt, in zwischen der Tschecho-Slowakei und Rumänien ein neuer Vertrag abgeschlossen worden, der eine Klausel enthält, daß die Tschecho-Slowakei verpflichtet ist, aller Missionen für Rumänien die Durchfahrt zu gestatten, falls Rumänien von einer anderen Macht als Ungarn angegriffen werde. (B. T. B.)

Kunst und Wissenschaft.

† Dresden Theaters-Spielplan für heute. Opernhaus: "Die Fledermaus" (7); Schauspielhaus: "Die Heidekrücke", "Erwachsen" (7); Albert-Theater: "Die fünf Frankfurter" (18); Reitbahn-Theater: "Wie elst du im Mai" (7); Central-Theater: "Der Opernball" (7).

† Antonius Künstler-Marionetten-Theater spielt noch am Freitagabend, nachmittags 5 Uhr: "Der Prinzessin", abends 8 Uhr: "König Löwen" und "Fahrender Soldat im Paradies"; am Freitagabend, nachmittags 5 Uhr: "Dr. Schafros", abends 8 Uhr: "Dr. Faust".

† Sonnenbadbesuch in der Kreuzkirche, nachmittags 5 Uhr. 1. Hans Fahrmann: Große Sonate für Orgel in C-Dur, 1. Satz; 2. zwei Chöre: a) Adriaen Willaert, Mittelgela. b) Josquin de Prez, "Et incarnatus est"; 3. Orgel-Konzert: "Flieglicht", Gesang für Alt mit Orgel. 4. Edward Greel: "100 Psalm für Alt mit Orgel. 5. zwei Chöre: a) Jost Heckel: "Weber Gebirg March"; b) Franz Schubert: "100 Psalm für gemischten Chor, Soloquartett und Marionette. Mitwirkender: Der Dresden Madrigalchor, 1. R. Solistin Johanna Klemm, Orgel: Wilhelm Pevoldt, 1. R. Pfeifung: Münchner Kapellmeister Otto Winter, 1. R. Texte an den Kirchenbüchern.

† Flieglichtmesse in der Kreuzkirche, Sonnabend, nachmittags 5 Uhr. 1. Carl August Richter: 1. Satz aus dem Orchesterkonzert "Flieglicht"; 2. Chor: "Gloria Friedrich Richter: "Dir tanzt der froh die Christenheit", Flieglicht-Messe für Chor. 3. Karl Goldmark: 2. Satz aus dem A-Moll-Konzert für Violin und Orgel. 4. Robert Haub: Nun dankt die Für das frische Grün, Arie für Sopran und Orgel aus dem Oratorium "Die Schöpfung". 5. Arnold Mendelssohn: Schmidts das Fest mit allen vierstimmigem Chor. Mitwirkender: Sopran: Marcella v. Löben, Violin: Alfred Klemm, Orgel: Alfred Hollinger, Pfeifung: Paul Schöne.

† Katholische Ostkirche. Morgen, Sonntag, 11 Uhr: Missa, G.-Dur, von Franz Schubert. Graduale: Veni creator, von Kreisbauer. Offertorium: Veni sancte spiritus, von Raumann. — Am zweiten Feiertag, 11 Uhr: Missa, G.-Dur, von Weber. Graduale: Veni creator, von Kreisbauer. Offertorium: Veni sancte spiritus, von Raumann.

† Der dritte Tanzabend Mary Wigman's bestiegte den Triumph ihrer großen, einzigartigen Kunst. Seit Mary Wigman — darüber besteht kein Zweifel — geht es um die Gleichberechtigung ihrer Kunst mit den übrigen Künsten. Endgültig wird der Kritikum begaben, der im Tanz eine Schauspielung wiedlicher Art sieht. Der Menschenleib als Meisterstück der Schöpfung wird reinen, fröhlichen Aufgaben dienstbar gemacht. Viele haben schon vor und neben Mary Wigman darum gerungen. Aber erst ist es das Maß von technischer Rönne, Ausdruck und schöpferischer Phantasie entfaltet, das alle Zweifel niederschlägt und ihrer Kunst im Reich der stärke Ebenbürtigkeit verleiht. Ballett, Variété und Theatergeste haben uns den Blick getrieben gegenüber dem freischwungenden, ausdrucksreichen Schauspiel des ganzen Körpers. Wer diesmal die "Tänze nach orientalischen Motiven" und die "Tanzphantasien" zum ersten Male sah, hatte gewißlich allerhand innere Hemmungen zu

Deutschliches und Sachsisches.

Prozeß zwischen Staat und Krone in Sachsen?

In einer Versammlung der Groß-Dresdner Mehrheitssozialisten äußerte sich der Finanzminister Heldt auch auf verschiedene Anträge und Beschwerden über die geplante Abfindung des früheren Königshauses. Die Angelegenheit ist tatsächlich so weit gediehen, daß das Kultusministerium den Vorschlag der Staatskommission in Bezug auf die Abfindung genehmigt hat und daß nun die Gegenseite das Wort hat. Tazu erklärte nun Finanzminister Heldt, die Träger der Fürstenhäuser als Bankrotteure zu behandeln, ginge nicht. Mit Ausnahme von Preußen und Sachsen seien in allen Staaten die Auseinanderziehungen mit den regierenden Häusern erfolgt. Das Privatvermögen könne den Fürsten nicht genommen werden, das widerspreche den Bestimmungen der Reichsverfassung. Die Regierung könne nur versuchen, auf dem Wege des Vergleichs etwas zu erreichen. Lasse man es zu einem Prozeß kommen, so erleben auch die Könige unter uns kein Ende nicht. Die Regierung habe das Recht, so viel wie möglich von den vorhandenen Werten für den Staat zu retten, während die Gegenseite das gegenteilige Interesse habe. Es sei abzuwarten, ob die frühere Krone mit dem Vorschlag der Regierung einverstanden sei. Sei jene nicht einverstanden, bleibe nichts übrig als zu procezzieren. Die Regierung wolle die Abfindungssumme so niedrig wie möglich halten. Es sei keine Möglichkeit vorhanden, einfache Konfiskation anzuschreiten. Bei dem sogenannten Königlichen Sammlungen vertrieb die Regierung den Standpunkt, daß es sich um Staats Eigentum handle. Zum Schluß erklärte Minister Heldt, er fürchte, daß die Gegenseite den Vorschlag der Regierung ablehnen und daß es zum Prozeß kommen werde.

Reichsschulgesetz-Entwurf und Dresdner Lehrverein.

Der Dresdner Lehrverein fasste folgende Entschließung zum Reichsschulgesetz-Entwurf:

"Die Regierung und Reichstag haben den Entwurf für ein Reichsschulgesetz dem Reichstag übergeben. Der Reichstag steht nun vor der bedeutungsvollen Aufgabe für einheitliche Kulturgesetz. In seiner Hand ruht das Schicksal der Einheit der deutschen Volkschule und damit der inneren Einheit des deutschen Volkes überhaupt. Zum zweiten Male seit dem Novemberaufstand 1918 ist die Reichsschulgesetz-Nieles auf wiederholte Gefechtwelle an, so ergeben sich daraus als unabwendbare Folgen:

Die Vereinigung des lebensfähigen Kampfes um die Schule infolge fehlbarer, schwer verständlicher Vorschriften steht endlich bereit, aller Eltern und Lehrer. Die dauernde Verflüchtigung des Volkes bis in die kleinste Gemeinde, ja, selbst bis in die Familie hinein, infolge der Bildung von alterhand Elterngruppen statt Einigung aller zur deutschen Erziehung der Jugend. Die teilweise Verfeindung der Jugend und gegenseitige Entfernung der Kinder infolge ihrer Aufnahme in alterhand Sonderhaushalte langjähriger gemeinsamer Führung. Die unausbleibliche Verringerung der Schulleistungen bei wachsenden Schülern hat tiefen Auswirkungen zur Erziehung höchster Selbstverantwortlichkeit.

Um konfessioneller Ansprüche willen soll die nationale Einheitsschule völlig preisgegeben werden. Um konfessioneller Ansprüche willen soll gerade der Unterbau des gesamten Schulwesens, die Grundlage des deutschen Volkes, in Trümmer geschossen werden. Um konfessioneller Ansprüche willen soll der Gedanke der Toleranz, der Meinungsfreiheit des Nationalen und Sozialen, also der Gedanke des Staates vom Staate geöffnet werden. Dabin darf es nicht kommen!

Um des Staatswohles willen soll fordern wir von allen Freunden der deutschen Einheitsschule ein müßiges Projekt gegen diesen Gefechtwelle, vom deutschen Reichstag aber völlige Umgestaltung dieser für Volk und Schule verhängnisvollen Vorlage.

Der Verein Sächsisch-Thüringischer Gas- und Wasserfachmänner

eröffnete seine Hauptversammlung in Bad Elster am Mittwoch nachmittags 2½ Uhr mit einer Werksversammlung, deren Verlauf u. a. einige Vorträge, so "Die Koferegasverarbeitung im Zwicker Steinkohlenrevier" (Referent: Direktor Sacolomus, Zwicker), "Verwertung der Nebenerzeugnisse der Gaswerke" (Referent: Direktor Korten, Frankfurt) brachte. Die eigentliche Hauptversammlung war für Donnerstag vormittag anberaumt. Der Vorsitzende, Herr Direktor Lange, Erfurt, hielt die Eröffnungsrede, etwa 200 willkommene Ehrenmitglieder nahmen Herr Oberregierungsrat v. Alberti und Herr Gemeindesvorstand Helsberg Gelegenheit, die Versammlung zu begrüßen. Der Jahresbericht brachte veränderte Personalveränderungen und weist u. a. einen Mitgliederbestand von 215 auf, wovon

8 als Ehren-, 126 als ordentliche und 86 als außerordentliche Mitglieder fungieren. Hinzu kommen noch 22 Neuankündigungen, so daß eine Gesamtmitgliederzahl von 228 zu vergegenstellt ist, die höchste im selben Verhältnis des Vereins. Oberingenieur Leitner, Halle, referierte über "Erweiterte Ausnutzung der Kohle". Der Vortrag, verbunden mit Vortragsvorführung, bot auf dem Gebiete der Gas- und Teerproduktion äußerst interessante Belehrungen und Anmerkungen. Oberingenieur Hautmann, Bremen, führte die Brüderliche Generatorenmutter und deren praktische Verwendungsbereittheit theoretisch vor. Auf dem Gebiete der Wasserförderung waren die Ausführungen des Herrn Dr. Stoerig, Hamburg, betreffend hydrologische Untersuchungen und Meiningaustausch über die Technische Röhrille wurde der allgemeine Teil geschlossen. Zum Vorsitzenden wurde Herr Direktor Lange, Erfurt, wiedergewählt; für den Kreisstaat Sachsen soll ein neuer Vertreter in den Vorstand berufen werden.

Milchpreise und Milchbelieferung in Sachsen.

Bei einer anlässlich der am 1. Juni 1921 erfolgenden Aufstellung der geistlichen Hochstypen für Milch und Milchprodukte zu erwartenden Preisbereberei zu beginnen und eine genügende Milchbelieferung der Städte Sachsen sicherzustellen, bat der aus Vertretern der Milchraeder, der Land- und Stadtmolkereien, des Milchhandels und der Käseereien Sachsen zusammengesetzte erweiterte Vorstand des Milchwirtschaftlichen Landesverbandes Sachsen in seiner Sitzung am 12. Mai in Dresden einstimmig beschlossen, für das ganze Gebiet des Kreisstaates Sachsen einen einheitlichen Erzeugerpriß für Vollmilch von 2 Pf. statt bisher 1,75 Pf. bzw. 1,85 Pf. für das Liter frei Abgangs bzw. Verladekosten über, wenn keine Bahnbeförderung stattfindet, frei Verbrauchs, Molkerei über Sammelstelle, und zwar zunächst für die Zeit vom 1. bis 31. Juni einzutreten. Bei Einführung der Vollmilch ab Stall soll eine entsprechende Erhöhung des Preises eintreten. Die Milchwirtschaftlichen Landesverbande Sachsen in seiner Sitzung am 12. Mai in Dresden einstimmig beschlossen, für das ganze Gebiet des Kreisstaates Sachsen einen einheitlichen Erzeugerpriß für Vollmilch von 2 Pf. statt bisher 1,75 Pf. bzw. 1,85 Pf. für das Liter frei Abgangs bzw. Verladekosten über, wenn keine Bahnbeförderung stattfindet, frei Verbrauchs, Molkerei über Sammelstelle, und zwar zunächst für die Zeit vom 1. bis 31. Juni einzutreten.

Beförderungen beim Fernverkehr Dresden. Beförder wurden: Die Oberleitgraphenbetreiber Rechnungsrat Radetz und Th. W. Barthel zu Oberleitgrapheninspektoren; die Oberleitgraphenbetreiber Burndt, Sander, Stephan, Ulbricht, Weber, Görner, Georg, Schatzmann, P. Barthel, Abeler, Troißn und A. Schulz zu Oberleitgrapheninspektoren, sowie die Überpostsekretäre Voigt, W. Schmitz, Görner und Hennel zu Postinspektoren.

— Todesfall. Am 11. Mai ist Herr Gehheimer Rat I. R. Oswald Schmidt in Dresden im 60. Lebensjahr gestorben. Nach Fortbildung seiner technischen Studien trat er im Jahre 1878 in den Dienst der staatlichen Strafenbauverwaltung, wo er 1891 zum Strafen- und Wasserbauinspektor ernannt wurde. Als solcher verwaltete er die Strafen- und Wasserbauanstalten Döbeln und Dresden I. Im Jahre 1905 erfolgte seine Berufung in das Finanzministerium, wo ihm die Leitung der Wasserbaudirection übertragen wurde. Im Jahre 1908 wurde er zum Vizepräsidenten ernannt. 1919 trat er in den Ruhestand. Gehheimer Rat Schmidt hat sich auf dem Gebiete des Wasserbaus und der Wasserwirtschaft hervorragend betätig und gilt weit über Sachsen's Grenzen hinaus als einer der besten Kenner dieses Gebietes. In die Zeit, während er an der Spitze der staatlichen Wasserbauverwaltung stand, füllt der Bau der beiden großen Talsperrenanlagen in Klingenberg und Master. Um diese für Sachsen so bedeutende Schöpfung hat er sich besonders verdient gemacht. Ein weiteres sehr fruchtbringender Tätigkeits öffnete sich ihm, als die Frage des Ausbaues des deutschen Kanalnetzes festere Form annahm und auch für Sachsen unmittelbar an Bedeutung gewann. Hier konnte er sein reiches Wissen, mit dem sich ein weitblickender Blick verband, in den Dienst der Sache stellen. Aber auch an gelegentlichen Aufgaben hat er hervorragenden Anteil gehabt. So war ihm namentlich bei der Beratung des Wassergerichtes Gelegenheit geboten, seine umfangreichen Kenntnisse und Erfahrungen unbringend zu verwenden.

— Die Bezahlung der Rechnungen für den Gas-, Wasser- und Stromverbrauch bildet den Gegenstand einer kurzen Anfrage, die Stadtverordneter Lüdtke in der letzten Sitzung an den Rat rückte. Sie lautete:

und erzielte raschende Eindrücke. Und das, obgleich es kein Werk ist, dessen ganze innere Schönheiten der Allgemeinheit gleich beim ersten Hören eingehen können; denn dieses Oratorium ist — von einer Anzahl Chöre von mehrstimmiger Größe abgesehen — vorwiegend gründend nach innen gerichtet. Die kunstvollen polyphonen Chöre folgen bei aller modernen Fördern dem Vorbilde Bachs. Die beiden Solopartien, — die Stimme Jesu (Tenor) und die Stimme des Alten Bundes (Alt) — waren bei Hans Niemann und Anna Eder-Schauhardt bestens ausgeführt. Der Chor überwand unter der Leitung W. Ludwig's die groben Schwierigkeiten vorzüglich das Trechterstück sehr fein brav.

† Arpad Schmidhammer †. Der bekannte Münchner Maler und Graphiker Arpad Schmidhammer ist im Alter von 61 Jahren gestorben. Er ist geborener Deutschböhme, verbrachte seine Jugend in Steiermark, vollendete seine Studien in Wien und München. Seit dem ersten Auftreten der Münchner "Jugend" ist er deren getreuer, nie verläßender Mitarbeiter gewesen. Seine sämtliche künstlerische Lehre hat das öffentliche Leben der letzten zwei Jahrzehnte begleitet und doratiziert. Auch als Verfasser und Illustrator von Bilderbüchern ist er wirtsam betreten.

† Die Geige Spohrs. Über das Sächsische der Meisterschaft Louis Spohrs, einer ehemaligen Straßenkünstler, gehen in diesen Tagen mysteriöse Nachrichten durch die Presse, die so klingen, als sollte dieses wertvolle, berühmte Instrument nach dem Tode ihrer bisherigen Besitzer, der Hammerklavierfabrik Köppling in Weimar, herrenlos werden, der erbbedrohte Nachkommen Spohrs nicht bekannt seien. In Wahrheit hat sich die Nachkommenchaft Louis Spohrs, die aus sehr bekannten Familien und Persönlichkeiten in Berlin, Merseburg, Magdeburg, Halle, Wittenberg, Stettin und Dresden besteht, längst der Angelegenheit und deren Erledigung angenommen. Da der Kreis der Erben ein ziemlich großer ist, wird nichts übrig bleiben, als das Instrument zu verkaufen und die Kaufsumme, die in die Hunderttausende gehen kann, zu verteilen.

† Berliner Sänger in Salzburg. Der Berliner Sängerverein "Cecilia Melodia" ludigte den Manni-Mozart am Dienstag den großen Meisters in Salzburg durch feierlichen Vortrag von "Ave verum" und "Bundeslied" unter großer Teilnahme der Bevölkerung. Nach vollzogener Akanzialeiterlegung fand ein von den Salzburger Sängern gegebener Konzert statt.

† Die Madonna des Francesco Francia, die aus dem Museum in Bolgona gestohlen war, ist jetzt in einem italienischen Café in dem üblichen New Yorker Gast Side-Bistro wieder aufzufinden. Ein in New York lebender Italiener hat dem Besitzer des Cafés die 1500 Dollar gegeben, die er dafür gezahlt hatte, und so wird das Bild wieder in die Galerie von Bolgona zurückkehren.

Wahl des Stadts, allen Abnehmern von Gut, Waffen und Dienstleistungen, die ihre Rechnung für das erste Quartal Jahr 1891 nach den blödigen Zahlungsbedingungen im Monat Mai beglichen konnten, die Bezahlung der ersten nach dem neuen Verfahren aussetzten. Rechnungen, welche sie ebenfalls im Monat Mai zu erfüllen hätte, ohne Antrag, also offiziell geweigert bis Anfang Juni zu erfüllen oder was geschieht der Stadts an nun, um dem wirtschaftlichen Schwund während der Übergangszeit die entstehenden Kosten weniger läßt zu machen?

Stadtrat Dr. Störner erklärte hierzu, daß der Mat. solchen Abnehmern infolge entgegenkommen würde, als es ihnen die Bezahlung der Rechnungen bis Anfang Juni gestatten würde. Erst dann sollte getrenntes mit Zwangsmassnahmen vorgegangen werden.

Die Gemeindevorstände in den einverlebten Vororten. In der letzten Sitzung der Stadtvorordneten kamen mehrere Verträge zur Verabredung, die mit Gemeindevorständen einverlebter Vororte abgeschlossen worden sind. Danach treten die Herren Müller, Dr. Schmid und Herr Dr. Weißer, Direktor, also Standesbeamte in förmliche Dienste. Herr Dr. Weißer, Neuburg-Mesosta, wird ebenfalls als Standesbeamter bestellt, wenn in Neuburg-Mesosta ein Standesamt errichtet wird. Am anderen Falde ist die Art der künftigen Bevölkerung mit ihm zu vereinbaren. Herr Müller, Mohlthal, steht als Vertreter in städtische Dienste. Die Herren Pischel, Prohlis, und Kräbel, Dörrn, verzichten darauf, in förmliche Dienste übernommen zu werden. Sie bezahlen ihre jeweiligen Verpflichtungen noch bis zum 30. September d. J. weiter und erhalten dann eine einmalige Kapitalabfindung.

Die Zeit zur Einwohnerstärkung ist anzusehen der Pfingstferientag bis zum 17. Mai verlängert worden.

Einladung des Innenministers zu Österreich. Das österreichische Konsulat in Dresden teilt uns mit, daß die österreichischen Kreisfälle die Influx ausländischer Städte nach Österreich derart schwanken, daß entscheidende Verkehrsleitungen erforderlich erscheinen. Die österreichischen Eisenbahnen werden bis auf weiteres mit einer Schnelllinie führen, den sonstigen Personenverkehr wesentlich eindringen und die Aufnahme von Gütern auf das österreichische Landesinnern beschleunigen.

Weibe des Ehrenmals im Seminar Dresden-Planen. Die Hölderin, Jubilare des Seminars in Dresden-Planen, gab am Donnerstagabend an mit einem wehmütigen Auftritt der Weihe eines Ehrenmales für die Opfer des Weltkriegs. Das Standbild ist aus Erzschaffnern von Konzerten, feierlichen Szenen der Schüler, ihrer Angehörigen und der Lehrerchaft bestehet und von der künstlerischen Hand eines Bildhauers aus Österreich ausgearbeitet. Der Oberlehrer des Studienrates Küller, der auch den künstlerischen Rahmen schuf, geschaffen worden. Es ist eine düstere Skulptur, die im verhüllten Schwarz um die gefallenen Kameraden das Szepter ruht. In beiden Seiten der Gestalt sind auf zwei Tafeln die Namen von 110 Gefallenen, 14 darunter, die noch Schüler der Ausbildung waren, verewigt. An der Weihsfeier nahmen die Herren Oberregierungsrat Dr. Hentz, die Coordinatendirektoren Bläser und Hobis, ein Vertreter des Vandalenvereins, einige Ältere, die Geistlichen der Auferstehungskirche und viele ehemalige Schüler der Ausbildung teil, sowie die Überlebenden der Gefallenen und das Lehrerkorps teil. Neben dem Ehrenmal hatten zwei Schülerabordnungen mit den Schulabschluß-Ausstellung genommen. Langläufe und Mannvergängen beteiligten die Zulassung für die Gedächtnissrede des Coordinatenrates Prof. Dr. Kretschmar vor. Nach der Ansprache, in der auch die Namen sämtlicher Gefallenen verlesen wurden, übernahm Herr Oberdirektor Prof. Trechler das Ehrenmal in ähnliche Hände und leitete nunmehr den Weihsfeier einen Aufmarsch am Maus niedert. Werner schmückte noch einen Aufmarsch das Ehrenmal. Herr Schultheiß Oberlehrer Tillmann (Venedig) im Namen der Elternstadt der fehlenden Schüler der Ausbildung. Auch widmete den Gefallenen unter Riedelcauna von Krautnach wehmütige Abschieds- und Dankesworte ein früherer Schüler und ein Privater der Ausbildung. Die Gedächtnissrede klängt nach einer Telemation aus mit Silber-Märchenbräutigam, gelungen vom Männerchor, und dem allgemeinen Gesang: „Ich hatt' einen Kameraden“.

Die Altenberger Vandemannschaft, ehemalige Schüler der Altenberger Höheren Präparandie, hat vor kurzem den im Weltkrieg gefallenen ehemaligen Schülern und Kameraden ein Ehrenmal gewidmet. Sie in der Villa der Höheren Präparandie aufgestellte steinerne Tafel wurde in einer erhabenden Gedenkfeier entblößt. Von jedem Groß-Dresden dachte man, die die Errichtung des Denkmals durch Beiträge gefördert haben, und gedachte auch des Bildhauers Leibnitz-Pautzke, der es durch seine Ungegenkommlichkeit entblößt hat, die Gedächtnistafel in Stein auszuführen. Die Altenberger feierten der Direktor der Schule, Walter i. M. Haupt, welche wurden unter anderem Aufträge wiederholen von Gehulau, E. L. Boia, Dresden, als dem Vorsitzenden der Praktikumskommission, für das Lehrerseminar, von der Schulerziehungs-, der Studiengemeinde bzw. zum Schluß legte Voitiuspietz Groß einen Mantel namens der Altenberger Vandemannschaft nieder. Postsekretär Schatz, Dresden, trug ein den Altenberger Kameraden gewidmetes Gedicht vor. Am Vortragsende folgte nach der Feier eine Mitgliederversammlung der Vandemannschaft statt, die interne Angelegenheiten erledigte.

Das Fest ihres 50jährigen Bestehens beginnt vom 12. bis 13. Mai die überall geplante Bauten. Es hatte sich dazu eine überaus große Zahl früherer Schüler und Lehrer aus ganz Sachsen und darüber hinaus eingefunden. Am Donnerstagabend 10. Mai mit Rahmen nach dem Tanztheater und legte Krause an den Gräbern der verstorbenen und gefallenen Schüler und Lehrer der Ausbildung im Friedhofe nieder. Am Mittwochabend der letzte Stand der Aufführung am Samstag, in welchem Oberaufseher Dr. Wehner die Festrede hielt. Er gedachte der Wiederkehr der Ausbildung im Jahre 1871 und erläuterte kurz die Entwicklung der Realhöhere im allgemeinen und der Altenberger Präparandie im besonderen. In eindrücklichen Worten gedachte er der gefallenen Mitglieder der Ausbildung. Überbürgermeister Weidner ergriff die Tafel einer Stiftung der Stadt in Höhe von 2000 Mk., die Mittel sollen zum Ausbau des Stadions der Naturwissenschaften dienen. Weiter gab er bekannt, daß mit denjenigen 1 und 1/2 abgängigen Schülern eine liberale Bedenksumme erhalten sollen. Rahmen des Vereins der ehemaligen Schüler überreichte deren Vorstand C. S. Wald eine Stiftung von über 10000 Mk., die Lehrerchaft der derselben Schule hatte 3000 Mk. gestiftet. Gymnasialdirektor Hugo überbrachte Grüße der Auguste-Schulen, der Direktor der Löbauer Realhöhere Krause seinerseits und der Kommandeur des Kavallerie-Regiments Sachsen. Auch der Sächsische Philologenverein hatte durch einen Vertreter Glückwünsche überbracht. Das Kultusministerium hatte keine Grüße schriftlich übermittelt. Aus Anlaß der Feier fanden im Stadttheater Aufführungen der "Mäuber" seitens der Lehrerchaft sowie Reitkunst und sonstige Freilichttheater statt.

Religionssunterricht in der Volksschule. Im christlichen Elternverein für die 2. Volksschule in Dresden-Zehden-Zehden sprach am Montagabend Herr Lehrer E. Ulrich über das Thema: „Weshalb halten wir am Religionsunterricht der Volksschule fest?“ Er führte dahin aus: Der Religionsunterricht vermittelt eine innere religiöse Autorität, die eine treffliche Basis der gesamten Schulsucht ist und zum Staatsgebundenen erzielt. Die religiöse Unterweisung ist für die innere Befriedigung eines Menschen nötig. Sie erzieht zu Fleißbewußtsein und Fleißverantwortung, zu Höflichkeit und Aufdringlichkeit, zu Ehrlichkeit und Dankbarkeit. Die Religion ist eine Stütze in den Gefahren und Räten des förmlichen Dienstes. Schule und Kirche sind die beiden wichtigsten volksziehenden Kräfte, sie müssen sich daher vereinbaren, Kirche finnter nicht freund oder gar feindlich gegenüber.

Morgen bleiben unsere sämtlichen Geschäftsräume geschlossen. Am 2. Pfingstferientag ist unsere Hauptgeschäftsstelle von 11 bis 1/2 Uhr geschlossen.

leben. Wenn sich alle, die an die volksverschließende Mission der Kirche glauben und bereit sind, ihr praktische Mitarbeiter zu leisten, dafür einzutreten, daß ein Religionsunterricht erlaubt wird, gehen den Grundlagen der evangelischen Kirche (der freien und deutschen Kirche), vom allgemeinen Christentum und der Freiheit des in Gott gebundenen Gewissens auf Grund der Evangelien und der apostolischen Briefe, dann wird der moderne Religionsunterricht verbündete vermittelet, welche die weltliche Schule, deren Hintergrund die sozialistische Weltentwicklung und die Internationale ist, nicht zu bieten vermögt. Fleicher bestätigte, daß der Christlichen Eltern wurde dem Vortragenden Anteil.

Christliche Elternvereinigung. Zur Vorbereitung der diesjährigen Elternwahltagen hat sich auch an der 16. Volksküche (Volkstrasse) eine Christliche Elternvereinigung unter Leitung des Professors G. Hahn, Chemnitzer Straße 21, gebildet. Verteilungsberichte zu dieser Vereinigung werden in den Sälen der Annenkirche, Annenstraße 10, und Monastirische, Körnerstraße 10, entgegenommen. Mitgliederbeiträge werden nicht erhoben.

* B. e. C. Bereitung ehemaliger Oberrealhüler (Dresden-Johannstadt) e. V. Am Dienstag, den 10. Mai, fand der erste diesjährige Vortragsabend im Berghof (Plattenstraße), Salzgasse 15, statt. Studentenrat Professor Rommig war von der Oberrealhüle herauß in einer Redensart über das Thema: „Im Kampfe um die Weltmachung“. Die zahlreichen erschienenen Mitglieder dankten durch lebhaften Beifall.

Weibe des Ehrenmals im Seminar Dresden-Planen. Die Hölderin, Jubilare des Seminars in Dresden-Planen, gab am Donnerstagabend an mit einem wehmütigen Auftritt der Weihe eines Ehrenmales für die Opfer des Weltkriegs. Das Standbild ist aus Erzschaffnern von Konzerten, feierlichen Szenen der Schüler, ihrer Angehörigen und der Lehrerchaft bestehet und von der künstlerischen Hand eines Bildhauers aus Österreich ausgearbeitet. Der Oberlehrer des Studienrates Küller, der auch den künstlerischen Rahmen schuf, geschaffen worden. Es ist eine düstere Skulptur, die im verhüllten Schwarz um die gefallenen Kameraden das Szepter ruht. In beiden Seiten der Gestalt sind auf zwei Tafeln die Namen von 110 Gefallenen, 14 darunter, die noch Schüler der Ausbildung waren, verewigt. An der Weihsfeier nahmen die Herren Oberregierungsrat Dr. Hentz, die Coordinatendirektoren Bläser und Hobis, ein Vertreter des Vandalenvereins, einige Ältere, die Geistlichen der Auferstehungskirche und viele ehemalige Schüler der Ausbildung teil, sowie die Überlebenden der Gefallenen und das Lehrerkorps teil. Neben dem Ehrenmal hatten zwei Schülerabordnungen mit den Schulabschluß-Ausstellung genommen. Langläufe und Mannvergängen beteiligten die Zulassung für die Gedächtnissrede des Coordinatenrates Prof. Dr. Kretschmar vor. Nach der Ansprache, in der auch die Namen sämtlicher Gefallenen verlesen wurden, übernahm Herr Oberdirektor Prof. Trechler das Ehrenmal in ähnliche Hände und leitete nunmehr den Weihsfeier einen Aufmarsch am Maus niedert. Werner schmückte noch einen Aufmarsch das Ehrenmal. Herr Schultheiß Oberlehrer Tillmann (Venedig) im Namen der Elternstadt der fehlenden Schüler der Ausbildung. Auch widmete den Gefallenen unter Riedelcauna von Krautnach wehmütige Abschieds- und Dankesworte ein früherer Schüler und ein Privater der Ausbildung. Die Gedächtnissrede klängt nach einer Telemation aus mit Silber-Märchenbräutigam, gelungen vom Männerchor, und dem allgemeinen Gesang: „Ich hatt' einen Kameraden“.

Weibe des Ehrenmals im Seminar Dresden-Planen. Die Hölderin, Jubilare des Seminars in Dresden-Planen, gab am Donnerstagabend an mit einem wehmütigen Auftritt der Weihe eines Ehrenmales für die Opfer des Weltkriegs. Das Standbild ist aus Erzschaffnern von Konzerten, feierlichen Szenen der Schüler, ihrer Angehörigen und der Lehrerchaft bestehet und von der künstlerischen Hand eines Bildhauers aus Österreich ausgearbeitet. Der Oberlehrer des Studienrates Küller, der auch den künstlerischen Rahmen schuf, geschaffen worden. Es ist eine düstere Skulptur, die im verhüllten Schwarz um die gefallenen Kameraden das Szepter ruht. In beiden Seiten der Gestalt sind auf zwei Tafeln die Namen von 110 Gefallenen, 14 darunter, die noch Schüler der Ausbildung waren, verewigt. An der Weihsfeier nahmen die Herren Oberregierungsrat Dr. Hentz, die Coordinatendirektoren Bläser und Hobis, ein Vertreter des Vandalenvereins, einige Ältere, die Geistlichen der Auferstehungskirche und viele ehemalige Schüler der Ausbildung teil, sowie die Überlebenden der Gefallenen und das Lehrerkorps teil. Neben dem Ehrenmal hatten zwei Schülerabordnungen mit den Schulabschluß-Ausstellung genommen. Langläufe und Mannvergängen beteiligten die Zulassung für die Gedächtnissrede des Coordinatenrates Prof. Dr. Kretschmar vor. Nach der Ansprache, in der auch die Namen sämtlicher Gefallenen verlesen wurden, übernahm Herr Oberdirektor Prof. Trechler das Ehrenmal in ähnliche Hände und leitete nunmehr den Weihsfeier einen Aufmarsch am Maus niedert. Werner schmückte noch einen Aufmarsch das Ehrenmal. Herr Schultheiß Oberlehrer Tillmann (Venedig) im Namen der Elternstadt der fehlenden Schüler der Ausbildung. Auch widmete den Gefallenen unter Riedelcauna von Krautnach wehmütige Abschieds- und Dankesworte ein früherer Schüler und ein Privater der Ausbildung. Die Gedächtnissrede klängt nach einer Telemation aus mit Silber-Märchenbräutigam, gelungen vom Männerchor, und dem allgemeinen Gesang: „Ich hatt' einen Kameraden“.

Weibe des Ehrenmals im Seminar Dresden-Planen. Die Hölderin, Jubilare des Seminars in Dresden-Planen, gab am Donnerstagabend an mit einem wehmütigen Auftritt der Weihe eines Ehrenmales für die Opfer des Weltkriegs. Das Standbild ist aus Erzschaffnern von Konzerten, feierlichen Szenen der Schüler, ihrer Angehörigen und der Lehrerchaft bestehet und von der künstlerischen Hand eines Bildhauers aus Österreich ausgearbeitet. Der Oberlehrer des Studienrates Küller, der auch den künstlerischen Rahmen schuf, geschaffen worden. Es ist eine düstere Skulptur, die im verhüllten Schwarz um die gefallenen Kameraden das Szepter ruht. In beiden Seiten der Gestalt sind auf zwei Tafeln die Namen von 110 Gefallenen, 14 darunter, die noch Schüler der Ausbildung waren, verewigt. An der Weihsfeier nahmen die Herren Oberregierungsrat Dr. Hentz, die Coordinatendirektoren Bläser und Hobis, ein Vertreter des Vandalenvereins, einige Ältere, die Geistlichen der Auferstehungskirche und viele ehemalige Schüler der Ausbildung teil, sowie die Überlebenden der Gefallenen und das Lehrerkorps teil. Neben dem Ehrenmal hatten zwei Schülerabordnungen mit den Schulabschluß-Ausstellung genommen. Langläufe und Mannvergängen beteiligten die Zulassung für die Gedächtnissrede des Coordinatenrates Prof. Dr. Kretschmar vor. Nach der Ansprache, in der auch die Namen sämtlicher Gefallenen verlesen wurden, übernahm Herr Oberdirektor Prof. Trechler das Ehrenmal in ähnliche Hände und leitete nunmehr den Weihsfeier einen Aufmarsch am Maus niedert. Werner schmückte noch einen Aufmarsch das Ehrenmal. Herr Schultheiß Oberlehrer Tillmann (Venedig) im Namen der Elternstadt der fehlenden Schüler der Ausbildung. Auch widmete den Gefallenen unter Riedelcauna von Krautnach wehmütige Abschieds- und Dankesworte ein früherer Schüler und ein Privater der Ausbildung. Die Gedächtnissrede klängt nach einer Telemation aus mit Silber-Märchenbräutigam, gelungen vom Männerchor, und dem allgemeinen Gesang: „Ich hatt' einen Kameraden“.

Weibe des Ehrenmals im Seminar Dresden-Planen. Die Hölderin, Jubilare des Seminars in Dresden-Planen, gab am Donnerstagabend an mit einem wehmütigen Auftritt der Weihe eines Ehrenmales für die Opfer des Weltkriegs. Das Standbild ist aus Erzschaffnern von Konzerten, feierlichen Szenen der Schüler, ihrer Angehörigen und der Lehrerchaft bestehet und von der künstlerischen Hand eines Bildhauers aus Österreich ausgearbeitet. Der Oberlehrer des Studienrates Küller, der auch den künstlerischen Rahmen schuf, geschaffen worden. Es ist eine düstere Skulptur, die im verhüllten Schwarz um die gefallenen Kameraden das Szepter ruht. In beiden Seiten der Gestalt sind auf zwei Tafeln die Namen von 110 Gefallenen, 14 darunter, die noch Schüler der Ausbildung waren, verewigt. An der Weihsfeier nahmen die Herren Oberregierungsrat Dr. Hentz, die Coordinatendirektoren Bläser und Hobis, ein Vertreter des Vandalenvereins, einige Ältere, die Geistlichen der Auferstehungskirche und viele ehemalige Schüler der Ausbildung teil, sowie die Überlebenden der Gefallenen und das Lehrerkorps teil. Neben dem Ehrenmal hatten zwei Schülerabordnungen mit den Schulabschluß-Ausstellung genommen. Langläufe und Mannvergängen beteiligten die Zulassung für die Gedächtnissrede des Coordinatenrates Prof. Dr. Kretschmar vor. Nach der Ansprache, in der auch die Namen sämtlicher Gefallenen verlesen wurden, übernahm Herr Oberdirektor Prof. Trechler das Ehrenmal in ähnliche Hände und leitete nunmehr den Weihsfeier einen Aufmarsch am Maus niedert. Werner schmückte noch einen Aufmarsch das Ehrenmal. Herr Schultheiß Oberlehrer Tillmann (Venedig) im Namen der Elternstadt der fehlenden Schüler der Ausbildung. Auch widmete den Gefallenen unter Riedelcauna von Krautnach wehmütige Abschieds- und Dankesworte ein früherer Schüler und ein Privater der Ausbildung. Die Gedächtnissrede klängt nach einer Telemation aus mit Silber-Märchenbräutigam, gelungen vom Männerchor, und dem allgemeinen Gesang: „Ich hatt' einen Kameraden“.

Weibe des Ehrenmals im Seminar Dresden-Planen. Die Hölderin, Jubilare des Seminars in Dresden-Planen, gab am Donnerstagabend an mit einem wehmütigen Auftritt der Weihe eines Ehrenmales für die Opfer des Weltkriegs. Das Standbild ist aus Erzschaffnern von Konzerten, feierlichen Szenen der Schüler, ihrer Angehörigen und der Lehrerchaft bestehet und von der künstlerischen Hand eines Bildhauers aus Österreich ausgearbeitet. Der Oberlehrer des Studienrates Küller, der auch den künstlerischen Rahmen schuf, geschaffen worden. Es ist eine düstere Skulptur, die im verhüllten Schwarz um die gefallenen Kameraden das Szepter ruht. In beiden Seiten der Gestalt sind auf zwei Tafeln die Namen von 110 Gefallenen, 14 darunter, die noch Schüler der Ausbildung waren, verewigt. An der Weihsfeier nahmen die Herren Oberregierungsrat Dr. Hentz, die Coordinatendirektoren Bläser und Hobis, ein Vertreter des Vandalenvereins, einige Ältere, die Geistlichen der Auferstehungskirche und viele ehemalige Schüler der Ausbildung teil, sowie die Überlebenden der Gefallenen und das Lehrerkorps teil. Neben dem Ehrenmal hatten zwei Schülerabordnungen mit den Schulabschluß-Ausstellung genommen. Langläufe und Mannvergängen beteiligten die Zulassung für die Gedächtnissrede des Coordinatenrates Prof. Dr. Kretschmar vor. Nach der Ansprache, in der auch die Namen sämtlicher Gefallenen verlesen wurden, übernahm Herr Oberdirektor Prof. Trechler das Ehrenmal in ähnliche Hände und leitete nunmehr den Weihsfeier einen Aufmarsch am Maus niedert. Werner schmückte noch einen Aufmarsch das Ehrenmal. Herr Schultheiß Oberlehrer Tillmann (Venedig) im Namen der Elternstadt der fehlenden Schüler der Ausbildung. Auch widmete den Gefallenen unter Riedelcauna von Krautnach wehmütige Abschieds- und Dankesworte ein früherer Schüler und ein Privater der Ausbildung. Die Gedächtnissrede klängt nach einer Telemation aus mit Silber-Märchenbräutigam, gelungen vom Männerchor, und dem allgemeinen Gesang: „Ich hatt' einen Kameraden“.

Weibe des Ehrenmals im Seminar Dresden-Planen. Die Hölderin, Jubilare des Seminars in Dresden-Planen, gab am Donnerstagabend an mit einem wehmütigen Auftritt der Weihe eines Ehrenmales für die Opfer des Weltkriegs. Das Standbild ist aus Erzschaffnern von Konzerten, feierlichen Szenen der Schüler, ihrer Angehörigen und der Lehrerchaft bestehet und von der künstlerischen Hand eines Bildhauers aus Österreich ausgearbeitet. Der Oberlehrer des Studienrates Küller, der auch den künstlerischen Rahmen schuf, geschaffen worden. Es ist eine düstere Skulptur, die im verhüllten Schwarz um die gefallenen Kameraden das Szepter ruht. In beiden Seiten der Gestalt sind auf zwei Tafeln die Namen von 110 Gefallenen, 14 darunter, die noch Schüler der Ausbildung waren, verewigt. An der Weihsfeier nahmen die Herren Oberregierungsrat Dr. Hentz, die Coordinatendirektoren Bläser und Hobis, ein Vertreter des Vandalenvereins, einige Ältere, die Geistlichen der Auferstehungskirche und viele ehemalige Schüler der Ausbildung teil, sowie die Überlebenden der Gefallenen und das Lehrerkorps teil. Neben dem Ehrenmal hatten zwei Schülerabordnungen mit den Schulabschluß-Ausstellung genommen. Langläufe und Mannvergängen beteiligten die Zulassung für die Gedächtnissrede des Coordinatenrates Prof. Dr. Kretschmar vor. Nach der Ansprache, in der auch die Namen sämtlicher Gefallenen verlesen wurden, übernahm Herr Oberdirektor Prof. Trechler das Ehrenmal in ähnliche Hände und leitete nunmehr den Weihsfeier einen Aufmarsch am Maus niedert. Werner schmückte noch einen Aufmarsch das Ehrenmal. Herr Schultheiß Oberlehrer Tillmann (Venedig) im Namen der Elternstadt der fehlenden Schüler der Ausbildung. Auch widmete den Gefallenen unter Riedelcauna von Krautnach wehmütige Abschieds- und Dankesworte ein früherer Schüler und ein Privater der Ausbildung. Die Gedächtnissrede klängt nach einer Telemation aus mit Silber-Märchenbräutigam, gelungen vom Männerchor, und dem allgemeinen Gesang: „Ich hatt' einen Kameraden“.

Weibe des Ehrenmals im Seminar Dresden-Planen. Die Hölderin, Jubilare des Seminars in Dresden-Planen, gab am Donnerstagabend an mit einem wehmütigen Auftritt der Weihe eines Ehrenmales für die Opfer des Weltkriegs. Das Standbild ist aus Erzschaffnern von Konzerten, feierlichen Szenen der Schüler, ihrer Angehörigen und der Lehrerchaft bestehet und von der künstlerischen Hand eines Bildhauers aus Österreich ausgearbeitet. Der Oberlehrer des Studienrates Küller, der auch den künstlerischen Rahmen schuf, geschaffen worden. Es ist eine düstere Skulptur, die im verhüllten Schwarz um die gefallenen Kameraden das Szepter ruht. In beiden Seiten der Gestalt sind auf zwei Tafeln die Namen von 110 Gefallenen, 14 darunter, die noch Schüler der Ausbildung waren, verewigt. An der Weihsfeier nahmen die Herren Oberregierungsrat Dr. Hentz, die Coordinatendirektoren Bläser und Hobis, ein Vertreter des Vandalenvereins, einige Ältere, die Geistlichen der Auferstehungskirche und viele ehemalige Schüler der Ausbildung teil, sowie die Überlebenden der Gefallenen und das Lehrerkorps teil. Neben dem Ehrenmal hatten zwei Schülerabordnungen mit den Schulabschluß-Ausstellung genommen. Langläufe und Mannvergängen beteiligten die Zulassung für die Gedächtnissrede des Coordinatenrates Prof. Dr. Kretschmar vor. Nach der Ansprache, in der auch die Namen sämtlicher Gefallenen verlesen wurden, übernahm Herr Oberdirektor Prof. Trechler das Ehrenmal in ähnliche Hände und leitete nunmehr den Weihsfeier einen Aufmarsch am Maus niedert. Werner schmückte noch einen Aufmarsch das Ehrenmal. Herr Schultheiß Oberlehrer Tillmann (Venedig) im Namen der Elternstadt der fehlenden Schüler der Ausbildung. Auch widmete den Gefallenen unter Riedelcauna von Krautnach wehmütige Abschieds- und Dankesworte ein früherer Schüler und ein Privater der Ausbildung. Die Gedächtnissrede klängt nach einer Telemation aus mit Silber-Märchenbräutigam, gelungen vom Männerchor, und dem allgemeinen Gesang: „Ich hatt' einen Kameraden“.

Weibe des Ehrenmals im Seminar Dresden-Planen. Die Hölderin, Jubilare des Seminars in Dresden-Planen, gab am Donnerstagabend an mit einem wehmütigen Auftritt der Weihe eines Ehrenmales für die Opfer des Weltkriegs. Das Standbild ist aus Erzschaffnern von Konzerten, feierlichen Szenen der Schüler, ihrer Angehörigen und der Lehrerchaft bestehet und von der künstlerischen Hand eines Bildhauers aus Österreich ausgearbeitet. Der Oberlehrer des Studienrates Küller, der auch den künstlerischen Rahmen schuf, geschaffen

Börse und Handel.

Wirtschaftliche Zuschläge bei der Reichskontrollveranlagung.

Vom Hanft-Bund wird uns geschrieben:

Die viele Steuerpflichtige wird der ihnen zugegangene Abgabedefizit zum Reichskontrollen eine unangenehme Überprüfung gebracht haben, denn die Finanzämter sind von der abgegebenen Vermögenserklärung infolge abweichen, als sie zum Betriebsvermögen 20-25 Proz. beim Grundvermögen, oft noch mehr, ganz schematisch gugeschlagen haben. Im Interesse einer beschleunigten Veranlagung lehnte die Reichskontrollen vom 22. Dezember 1920 die Abgabe des § 20 der Reichsabgabenordnung, wonach die Finanzämter bei Trostel an der Richtigkeit der abgegebenen Vermögenserklärung mit dem Abgabepflichtigen über die Richtigstellung verhandeln sollen, aus. Die Finanzämter sollten durch schnelle Veranlagung eine beschleunigte Erhebung der Reichskontrollen erlauben. Sie hätten dies zweifellos im größeren Umfang erreicht, wenn sie zunächst einmal vor der Veranlagung von den Angaben des Steuerpflichtigen ausgetragen wären, zumal ja die erteilten Steuerbescheide nur vorläufig sind und der § 20 des Kontrollgesetzes ohnein die Möglichkeit späterer Verrichtung gibt. Die Abgabepflichtigen müssen jetzt gegen die ganz willkürliche Erhöhung ihres Vermögens Einspruch erheben. Solange ein Einspruch nicht erledigt ist, steht für den Abgabepflichtigen die Verpflichtung zu Zahlung des bestreiteten Teiles der Abgabe § 4 der Kontrollen vom 22. Dezember 1920. Die Finanzämter werden also zunächst mit der Erledigung der Einsprüche eine neue, ungeheure Arbeit übernehmen.

Trotz besteht aber die große Gefahr, daß die Einsprüche nicht einmal im Sinne des Steuerpflichtigen eine richtige Feststellung des Vermögens erbringen. Die Steuerpflichtigen müssen dann Berufung einlegen, für die aber die Zahlungsverpflichtung nicht ausgelegt ist. Die Berufungsgerichte werden sich bei den Finanzgerichten in solchen Fällen anstellen, daß auch hier eine genaue Prüfung sehr erwartet wird. Ergebnis: dem Reiche steht der Erfolg aus dem Reichskontrollen nur in sehr ungünstigem Umfang zu, die Finanzämter und Finanzgerichte werden mit ungeheurer, aber durchaus vermeidbarer Arbeit befasst, die Steuerpflichtigen haben Kosten, Zeitverlust und Ärger.

Teilsweise berufen sich die Finanzämter auf eine an sie ergangene Anweisung, durch pausale Zuschläge das Vermögen zu erhöhen. So ist im Bezirk mehrerer schlesischer Finanzämter, so z. B. in Sprottau, ein Zuschlag auf das Betriebsvermögen von 5% vorgenommen worden, wodurch die Vorschrift des § 19 des Kontrollengesetzes, wonach das Betriebsvermögen der Einzelperson nur mit 80 Prozent zum Kontrollen herangezogen werden sollte, wieder aufgehoben wird. Das widerstreift also direkt dem Willen des Gesetzgebers.

Der Hanft-Bund hat auf Wunsch des ihm innerhalb seiner weitverzweigten Organisation zugegangenen Materials an das Reichsfinanzministerium die dringende Anfrage gerichtet, ob solche Anweisungen an die nachordnenden Finanzbehörden ergangen sind.

Stallpreise und Marktpreise für Schlachtvieh.

Das Landespreissamt verbreitet folgende Mitteilung: Noch immer sind Landwirte vielfach geneigt, ab Stallpreisen Preise zu fordern, wie er auf den Schlachtviehmarkten notiert wird. Dies ist ungerechtfertigt. Denn in den Preisen ab Schlachtviehmarkt sind sehr hohe Unkosten mit enthalten, die der Landwirt beim Verkauf ab Stall nicht hat. Hierbei kommen insbesondere Frachten, ferner erhebliche Gewichtsverluste während des oft mehrjährigen Transports vom Stall bis zum Markt in Betracht, weiter Händler- und Schlachthofgebühren, vielfach auch Butterfatten und dergleichen. Alle Fleisch, welches aus Säcken stammt, können unter Verlustbildung aller Umstände die Preise für Tiere von normalem Gewicht und Wert für den Rentner Lebendgewicht beim Verkauf ab Stall durchschnittlich um 18% M. bei Kindern, um 10% M. bei Rindern und um 10% M. bei Schweinen niedriger sein, als die jeweils auf dem nächsten nächstliegenden Schlachtviehmarkt notierten Preise. Soweit es sich um Tiere von besonders hohem oder von besonders niedrigem Wert handelt, sind nicht die oben angegebenen Durchschnittszahlen von dem Marktpreise abzugeben, sondern bei Kindern durchschnittlich etwa 5% Prozent, bei Rindern etwa 22% Prozent und bei Schweinen etwa 20 Prozent des Marktpreises.

Beifriedowitsch wurden in der Woche vom 2. bis 7. Mai in Dresden junge fleischige, nicht ausgemästete Ochsen mit 500 bis 600 M. für den Rentner Lebendgewicht auf dem Schlachtviehmarkt verkauft. Für Tiere von derartiger durchschnittlicher Qualität würde also ein Stallspreis von etwa 183 M. für den Rentner weniger, also von 55 bis 460 M. angenommen werden sein. Für vollfleischige Schweine besserer Qualität würde ein Preis von 1100 bis 1200 M. notiert. Für sie würde ein Stallspreis von etwa 900 bis 1010 M. nicht zu beanstanden sein. Wegen genährte Ochsen wurden mit 200 bis 250 M. notiert. Für sie würde der Stallspreis nicht um 125 M. für den Rentner niedriger angelegt werden können, weil es sich nicht um Tiere durchschnittlichen Wertes handelt, sondern es würde der Stallspreis, wie oben angegeben, etwa 20 Prozent weniger, also etwa 150 bis 200 M. betragen dürfen.

Soweit es sich darum handelt, daß der Stall nahe dem Markt liegt, vermindern sich obige zahlenmäßigen und prozentualen Unterschiede zwischen den Markt- und Stallspreisen um einige Prozent. Soweit er ausschließlich mehr als etwa 50 Kilometer entfernt ist, erhöhen sie sich.

Auf Grund der oben gemachten Bemerkungen kann an der Hand der Marktpreise jederzeit der etwa berechnete Stallspreis nachgerechnet werden, da die Unterschiede zwischen den Stalls- und Marktpreisen nicht wie die Marktpreise selbst von Woche zu Woche schwanken.

Banknoten-Akkord vom 18. Mai. Größere Geschäftsschäfte wurden nicht mehr getätigt, doch blieb die Tendenz weiterhin fest. Eine Ausnahme machen Bausparpapiere, die im Einklang mit dem Devisenmarkt standen. 5%ige Gold-Wertpapiere lagen mit 888 bis 882, 4%ige Wertpapierbanknoten 450, 5%ige Leihanteile 418, Deutsche-Österr. Bank 800. Montan-Aktien waren ruhig. Deutsch-Europäische Bank ließ auf 217, Darsener auf 472, Nieders-Münster 511. Elektrische Kraft und Kraft lebhafter 200 bis 210, A. G. 202. Chemische Scheibentanzturknoten 581, Griechenland 402, höchster Darden 477,50, Holzverschiffung 456, Uhren-Gießerei 246,50, Daimler 200. Montan-Aktien waren auf den günstigen Geschäftsbereich lebhafter 235, Eisenwerk Meine 418, Badische 881, Dirsch-Käppeler 888 bis 884, Spiegel und Spiegelglas 575, Mainkraft 170,90. Von Bausparpapieren wurden Schriftgießerei Stempel mit 500 rationiert. Der Kurs entsprach einer Erhöhung von 50%. Frankfurter Hof hellten 80 auf 400, d. h. 14% höher. Papag fehlte 176, Norddeutscher Lloyd 188%. Abendblätter lagen schon. Holland 200, London 228, Paris 480, Schott 1027, Neussor 56,50. — Die nächste Woche findet am Dienstag, 17. Mai, statt.

* **Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt, Leipzig.** Der Vorstand freistellt zu den bereits ausführlich mitgeteilten Abschlußberichten für 1920 in seinem Rechenschaftsbericht u. a.: Wenn wir, in Übereinstimmung mit fast allen bisher erschienenen Bausparpapieren, auf eine Erhöhung der Dividende für das abgelaufene Geschäftsjahr gekommen, indem wir vorrathen, bei einer beträchtlichen Verstärkung unserer Reserven eine Dividende von 15% zur Verstellung zu bringen, so ist bei Würdigung dieses Ergebnisses in den Vordergrund zu stellen, daß es bisher fast ausschließlich die Bauten waren, bei denen in den Beurteilen der Aktionsräte die eingetretene starke Erhöhung des Geldes sich noch in seiner Werte getreten hat. Während bei dem Einkommen der Angehörigenschaften dem Geschäftspunkt der Geldinvestition selbstverständlich weitgehend Rechnung getragen wurde, blieben die Aktionäre gänzlich auf ungeduldige die gleichen Erträge beigedacht, die sie vor dem Kriege

gehabt hatten, ungedacht hatten, daß für sie die nun im Kapitalmarkt gezahlte Dividende auch nicht annähernd den Wert des früheren Goldmark-Dividenden hatte. Die jetzt in Erachtung stehenden Erhöhungen der Bausparpapiere bringen den Aktionsräten noch keineswegs das, was den Aktionsräten von Handels- und Industriegesellschaften fakt durchweg an Vorteilen in Form von erhöhten Dividenden, billigen Bezugsrechten u. dgl. zugeschlagen. Die Konzentration im Bau gewerbe hat im abgelaufenen Jahr neue Fortschritte gemacht. In kurz weiterwährendem Maße hat die Mehrzahl der Berliner Großhantken ihre Filialen in Deutschland erweitert, teilweise unter Auslagerung von Privatbanken und Provinzialbanken, darunter auch solcher von größerer Bedeutung, eine Entwicklung, von der es zweifelhaft sein kann, ob sie vom allgemein wirtschaftlichen Standpunkt aus betrachtet, zu begrüßen ist. Das Vortheilsgewerbe großer Banken, welche ihre Bezirke nicht in Berlin, sondern ihr Schwerpunkt in den einzelnen Staaten oder Provinzen haben, dürfte aus mehr als einem Grunde erwünscht sein. Dem Gesichtspunkt Neigung tragen, daß hierfür eine Weiterentwicklung und Stärkung der Mittel notwendig Bedingung ist, haben wir im abgelaufenen Jahr auf allen Gebieten räge. Der Gesamtumsatz — von einer Seite des Hauptbüros — betrug 157 029 Millionen Mark gegen 65 421 Millionen Mark im Jahre 1919. Wenn man diese Erhöhung des Umlages auch einerseits die erzielte starke Weiterentwicklung unserer Bank auf allen Gebieten zeigt, so läßt sich doch andererseits nicht verkennen, daß in den großen Umsätzen des abgelaufenen Jahres das Image unserer ganzen Wirtschaft zum Ausdruck kommt. Die Entwicklung des Geldes hat es mit sich gebracht, daß heute überall ganz andere Alters in Erhebung treten, als vor dem Kriege. Die große Gefahr, welche durch die Verschiebung der Werte gegeben ist, liegt auf der Hand. Insbesondere kann nicht nachdrücklich genug darauf hingewiesen werden, daß es in allgemeinem unverantwortlich sein würde, wenn Handel und Industrie bei Bewertung ihrer Bauten von den jeweiligen, lediglich durch die Baulandverhältnisse bedingten Marktpreisen ausgehen und Banken bei Prüfung der Kreditwürdigkeit ihrer Kunden dementsprechende Wertannahmen zugrunde legen würden. Der in letzter Zeit auf vielen Gebieten erzielte starke Preisrückgang beweist schlagend, wie außerordentlich notwendig eine vorstellige Bewertung ist. Es würde daher auch geradezu zu katastrophalen Ergebnissen führen, wenn die Steuerbehörden es absinnen würden, den Kaufmann das Recht zu weitgehender Vorsicht bei Bewertung seiner Bauten zuzugeben.

Leipziger Immobilien-Bank für Grundbesitz. Nach dem Geschäftsjahrsbericht für 1920, dem ersten nach der Verhöhlung der beiden Institute, wurden verlängert aus verlaufenen Grundstücken 85 200 M. Leipzigser Immobilien 9, Leipzigser Grundbesitz 451 028 Mark, Erragnisse aus Beteiligungen 450 000 M. 10 bzw. 50 546 Mark, aus Blauen 540 001 M. 120 000 M. bzw. 182 820 M., aus Brocken 515 202 M. (192 195 M. bzw. 220 804 M.), aus Eichendorff 515 202 M. (192 195 M. bzw. 182 820 M.), aus Einsiedel 515 202 M. (192 195 M. bzw. 182 820 M.). Einzelheitlicher Vertrag sieht sich der Vermögensaufbau auf 1 642 000 M. (401 179 M., bzw. 397 415 M.), aus dem eine Dividende von 8% (d. h. bei beiden Instituten 6%) verteilt werden soll. Das Geschäft war gegen das Vorjahr wenig verändert. Die Abteilung Verleihung von Baugeltern lag sehr darunter, so daß man zu anderen Kreisgeschäften überging.

Altenbergsche Gesellschaft für Glas-Industrie norm. Friedrich Siemens, Dresden. Die 22. ordentliche Hauptversammlung, in der 21 Stammaktien 4160 und 2 Vorzugsaktien 10 000 Stimmen vertreten, genehmigte das Rechnungswert des abgelaufenen Geschäftsjahrs, legte die Dividende auf 20% fest, entlastete einstimmig die Verwaltung und wählte das sagungsgemäß aus dem Aufsichtsrat austretende Mitglied einstimmig wieder. Werner wurde einstimmig beschlossen, von den bisher bestehenden 10 Millionen Vorzugsaktien 9 Millionen Mark in Stammaktien umzuwandeln. Von diesen 9 Millionen Mark neuen Stammaktien werden 81% Millionen Mark den alten Aktionären im Verhältnis von 4 : 5 zu 20% zum Bezuge angeboten. Die restlichen 189 000 Mark werden von der Gesellschaft verwertet werden. Weiter wurde ebenfalls einstimmig beschlossen, das Grundkapital der Gesellschaft von 21 Millionen Mark um 9 auf 30 Millionen Mark zu erhöhen durch Ausgabe von 9000 8%igen Vorzugsaktien, die zu 100% ausgegeben werden sollen. Sowohl die neuen Stammaktien als die Vorzugsaktien sind vom 1. Januar 1921 ab dividendenberechtigt. Auf Anfragen teilte die Verwaltung mit, daß sich in den bisher abgelaufenen drei Monaten des neuen Geschäftsjahrs das Geschäft ungestört in Rahmen des vorjährigen Jahres gehalten habe. Der Absatzbedarf sei gegen das Vorjahr etwas zurückgegangen. Sehr gut habe sich das Kohlenwerk der Gesellschaft entwickelt und die Förderung beinahe verdoppelt. Die Qualität der Kohlen sei sehr gut.

Die Sachsisch-Böhmisches Dampfmaschinen-Gesellschaft gibt im Geschäftsjahrsbericht für das Geschäftsjahr 1920 wieder 20% Rendite verteilt für das Geschäftsjahr 1920 wieder 20% Rendite, resp. für das Jahr 1920 bekannt.

Congnac-Spirituose-Gesellschaft für El. W. Dresden. Die Gesellschaft verteilt für das Geschäftsjahr 1920 wieder 20% Dividende und 10% Sondervergütung.

Kammgarnspinnerei Schaefer & Co. A.-G. in Garzau. Die außerordentliche Hauptversammlung wählte neu in den Aufsichtsrat: Direktor Lauth, Direktor Jodok und Ingenieur Schaefer, Chemnitz.

Neue Boden-A.-G. in Berlin. Die Gesellschaft möchte das Jahr 1920 neuerdings mit einem Verlust von 858 004 M. den aus der Rücklage gebildet wird, die dann von 645 Millionen Mark bei 21% Millionen Mark Aktienkapital entfällt für 1919 ergab sich ein Überschuss von 70 882 M., der den Rücklagen zugeführt wurde. Die Aktien sind bereits seit 1911 dividendenfrei. Der Aufzehrtrag ist auf 221 118 (619 772) M. Der Geschäftsjahrsbericht für 1920 hebt hervor, daß sich die Nachfrage nach Bindungsgelände reger gehalten hat und zu leichteren Umläufen führte. Dagegen erfuhr das Geschäft in Wohnhausgrundstücken einen empfindlichen Rückgang. Der ganz außerordentlichen Erhöhung der Ausgaben für den Haushalt an Verwaltungs- und Instandhaltungskosten steht eine irgend entsprechende Erhöhung der Mieten nicht gegenüber. Die Krediteuren in Höhe von 3,74 (8,71) Millionen Mark enthalten das Ende des Jahres 1918 bei einem schwierigen Hypothekenkonto abgeschlossene Tilgungsschulden von 2 Millionen Mark, das seit 1918 mit jährlich 8% der Darlehenssumme und mit dem Restbetrag Ende 1920 rückzahlbar ist. Kapital und Binsen sind in Schweizer Währung zur Kreditausparität längstens vier Jahre nach Fälligkeit, mit dem Restbetrag also Ende 1924, in Schweizer Währung endgültig abzurechnen. Ein gleiches gilt von Kapital und Binsen einer in Jahre 1920 bzw. 1920 ausfälligen und ebenso in Schweizer Währung zur Kreditausparität rückzahlbaren Hypothek von 185 000 M. Die im Hinblick auf den Kieshand der deutschen Salina schon vor längerer Zeit eingestellten Verhandlungen mit der Gläubigerin, die auf eine wesentlich weitere Erstreckung der Zahlungsfristen abzielten, schwören noch.

Daimler-Motoren-Gesellschaft in Stuttgart. Die Gesellschaft verfügt für das Geschäftsjahr 1920 wieder 20% Dividende und 10% Sondervergütung.

Montan-Garnspinnerei Schaefer & Co. A.-G. in Garzau. Die außerordentliche Hauptversammlung wählte neu in den Aufsichtsrat: Direktor Lauth, Direktor Jodok und Ingenieur Schaefer, Chemnitz.

Neue Boden-A.-G. in Berlin. Die Gesellschaft möchte das Jahr 1920 neuerdings mit einem Verlust von 858 004 M. den aus der Rücklage gebildet wird, die dann von 645 Millionen Mark bei 21% Millionen Mark Aktienkapital entfällt für 1919 ergab sich ein Überschuss von 70 882 M., der den Rücklagen zugeführt wurde. Die Aktien sind bereits seit 1911 dividendenfrei. Der Aufzehrtrag ist auf 221 118 (619 772) M. Der Geschäftsjahrsbericht für 1920 hebt hervor, daß sich die Nachfrage nach Bindungsgelände reger gehalten hat und zu leichteren Umläufen führte. Dagegen erfuhr das Geschäft in Wohnhausgrundstücken einen empfindlichen Rückgang. Der ganz außerordentlichen Erhöhung der Ausgaben für den Haushalt an Verwaltungs- und Instandhaltungskosten steht eine irgend entsprechende Erhöhung der Mieten nicht gegenüber. Die Krediteuren in Höhe von 3,74 (8,71) Millionen Mark enthalten das Ende des Jahres 1918 bei einem schwierigen Hypothekenkonto abgeschlossene Tilgungsschulden von 2 Millionen Mark, das seit 1918 mit jährlich 8% der Darlehenssumme und mit dem Restbetrag Ende 1920 rückzahlbar ist. Kapital und Binsen sind in Schweizer Währung zur Kreditausparität längstens vier Jahre nach Fälligkeit, mit dem Restbetrag also Ende 1924, in Schweizer Währung endgültig abzurechnen. Ein gleiches gilt von Kapital und Binsen einer in Jahre 1920 bzw. 1920 ausfälligen und ebenso in Schweizer Währung zur Kreditausparität rückzahlbaren Hypothek von 185 000 M. Die im Hinblick auf den Kieshand der deutschen Salina schon vor längerer Zeit eingestellten Verhandlungen mit der Gläubigerin, die auf eine wesentlich weitere Erstreckung der Zahlungsfristen abzielten, schwören noch.

Daimler-Motoren-Gesellschaft in Stuttgart. Die Gesellschaft verfügt für das Geschäftsjahr 1920 wieder 20% Dividende und 10% Sondervergütung.

Montan-Garnspinnerei Schaefer & Co. A.-G. in Garzau. Die außerordentliche Hauptversammlung wählte neu in den Aufsichtsrat: Direktor Lauth, Direktor Jodok und Ingenieur Schaefer, Chemnitz.

Neue Boden-A.-G. in Berlin. Die Gesellschaft möchte das Jahr 1920 neuerdings mit einem Verlust von 858 004 M. den aus der Rücklage gebildet wird, die dann von 645 Millionen Mark bei 21% Millionen Mark Aktienkapital entfällt für 1919 ergab sich ein Überschuss von 70 882 M., der den Rücklagen zugeführt wurde. Die Aktien sind bereits seit 1911 dividendenfrei. Der Aufzehrtrag ist auf 221 118 (619 772) M. Der Geschäftsjahrsbericht für 1920 hebt hervor, daß sich die Nachfrage nach Bindungsgelände reger gehalten hat und zu leichteren Umläufen führte. Dagegen erfuhr das Geschäft in Wohnhausgrundstücken einen empfindlichen Rückgang. Der ganz außerordentlichen Erhöhung der Ausgaben für den Haushalt an Verwaltungs- und Instandhaltungskosten steht eine irgend entsprechende Erhöhung der Mieten nicht gegenüber. Die Krediteuren in Höhe von 3,74 (8,71) Millionen Mark enthalten das Ende des Jahres 1918 bei einem schwierigen Hypothekenkonto abgeschlossene Tilgungsschulden von 2 Millionen Mark, das seit 1918 mit jährlich 8% der Darlehenssumme und mit dem Restbetrag Ende 1920 rückzahlbar ist. Kapital und Binsen sind in Schweizer Währung zur Kreditausparität längstens vier Jahre nach Fälligkeit, mit dem Restbetrag also Ende 1924, in Schweizer Währung endgültig abzurechnen. Ein gleiches gilt von Kapital und Binsen einer in Jahre 1920 bzw. 1920 ausfälligen und ebenso in Schweizer Währung zur Kreditausparität rückzahlbaren Hypothek von 185 000 M. Die im Hinblick auf den Kieshand der deutschen Salina schon vor längerer Zeit eingestellten Verhandlungen mit der Gläubigerin, die auf eine wesentlich weitere Erstreckung der Zahlungsfristen abzielten, schwören noch.

Daimler-Motoren-Gesellschaft in Stuttgart. Die Gesellschaft verfügt für das Geschäftsjahr 1920 wieder 20% Dividende und 10% Sondervergütung.

Montan-Garnspinnerei Schaefer & Co. A.-G. in Garzau. Die außerordentliche Hauptversammlung wählte neu in den Aufsichtsrat: Direktor Lauth, Direktor Jodok und Ingenieur Schaefer, Chemnitz.

Neue Boden-A.-G. in Berlin. Die Gesellschaft möchte das Jahr 1920 neuerdings mit einem Verlust von 858 004 M. den aus der Rücklage gebildet wird, die dann von 645 Millionen Mark bei 21% Millionen Mark Aktienkapital entfällt für 1919 ergab sich ein Überschuss von 70 882 M., der den Rücklagen zugeführt wurde. Die Aktien sind bereits seit 1911 dividendenfrei. Der Aufzehrtrag ist auf 221 118 (619 772) M. Der Geschäftsjahrsbericht für 1920 hebt hervor, daß sich die Nachfrage nach Bindungsgelände reger gehalten hat und zu leichteren Umläufen führte. Dagegen erfuhr das Geschäft in Wohnhausgrundstücken einen empfindlichen Rückgang. Der ganz außerordentlichen Erhöhung der Ausgaben für den Haushalt an Verwaltungs- und Instandhaltungskosten steht eine irgend entsprechende Erhöhung der Mieten nicht gegenüber. Die Krediteuren in Höhe von 3,74 (8,71) Millionen Mark enthalten das Ende des Jahres 1918 bei einem schwierigen Hypothekenkonto abgeschlossene Tilgungsschulden von 2 Millionen Mark, das seit 1918 mit jährlich 8% der Darlehenssumme und mit dem Restbetrag Ende 1920 rückzahlbar ist. Kapital und Binsen sind in Schweizer Währung zur Kreditausparität längstens vier Jahre nach Fälligkeit, mit dem Restbetrag also Ende 1924, in Schweizer Währung endgültig abzurechnen. Ein gleiches gilt von Kapital und Binsen einer in Jahre 1920 bzw. 1920 ausfälligen und ebenso in Schweizer Währung zur Kreditausparität rückzahlbaren Hypothek von 185 000 M. Die im Hinblick auf den Kieshand der deutschen Salina schon vor längerer Zeit eingestellten Verhandlungen mit der Gläubigerin, die auf eine wesentlich weitere Erstreckung der Zahlungsfristen abzielten, schwören noch.

Daimler-Motoren-Gesellschaft in Stuttgart. Die Gesellschaft verfügt für das Geschäftsjahr 1920 wieder 20% Dividende und 10% Sondervergütung.

Montan-Garnspinnerei Schaefer & Co. A.-G. in Garzau. Die außerordentliche Hauptversammlung wählte neu in den Aufsichtsrat: Direktor Lauth, Direktor Jodok und Ingenieur Schaefer, Chemnitz.

Neue Boden-A.-G. in Berlin. Die Gesellschaft möchte das Jahr 1920 neuerdings mit einem Verlust von 858 004 M. den aus der Rücklage gebildet wird, die dann von 645 Millionen Mark bei 21% Millionen Mark Aktienkapital entfällt für 1919 ergab sich ein Überschuss von 70 882 M., der den Rücklagen zugeführt wurde. Die Aktien sind bereits seit 1911 dividendenfrei. Der Aufzehrtrag ist auf 221 118 (619 772) M. Der Geschäftsjahrsbericht für 1920 hebt hervor, daß sich die Nachfrage nach Bindungsgelände reger gehalten hat und zu leichteren Umläufen führte. Dagegen erfuhr das Geschäft in Wohnhausgrundstücken einen empfindlichen Rückgang. Der ganz außerordentlichen Erhöhung der Ausgaben für den Haushalt an Verwaltungs- und Instandhaltungskosten steht eine irgend entsprechende Erhöhung der Mieten nicht gegenüber. Die Krediteuren in Höhe von 3,74 (8,71) Millionen Mark enthalten das Ende des Jahres 19

